

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7078.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 26. März 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Socialdemokratie im württembergischen Landtag.

Im Jahre 1900 brachten die Wahlen fünf Socialdemokraten in den Landtag, während bis zum Jahre 1895 die bürgerlichen Parteien unter sich geblieben waren. Den größten Teil der vorhergegangenen Legislaturperiode gehörte nur ein Socialdemokrat der württembergischen Landesvertretung an. Aber nicht bloß nach den eigenen Leistungen darf die Wirksamkeit der Arbeitervertreter im Stuttgarter Halbmonatsaal beurteilt werden, noch bedeutungsvoller vielleicht ist ihr Einfluß auf die Haltung der andern Parteien, die genötigt wurden, bei allen ihren Entschliessungen die Wirkung auf die jugendkräftig wachsende Socialdemokratie in Rechnung zu ziehen. Die kleine socialdemokratische Fraktion ist zum treibenden Faktor im württembergischen Landtag geworden. Insbesondere die Volkspartei, welche zwar jetzt nicht mehr die absolute Majorität in der Kammer hat, aber doch die weitaus stärkste Fraktion bildet, erkannte bald die Situation, in die sie von der socialdemokratischen Fraktion unbarmherzig hineingedrängt wurde; sie sah sich gezwungen, mehrfach ihre Haltung zu ändern, nachdem ihr klar geworden war, wie die Socialdemokraten ihre den demokratischen Grundfähn nicht entsprechendes Vorgehen sofort in Parlamente und im Volke andenkten. Daraus ergab sich die große Bedeutung unserer Vertretung, die mit unerschütterlichem Willen die Sache voranzutreiben wußte.

Mit großer Befriedigung kann somit die socialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag zurückblicken auf ihre Thätigkeit seit den letzten Wahlen. Sie hat sich deshalb auch bereit, Rechenschaft abzugeben über ihre Wirksamkeit, sie ist auch damit allen andern württembergischen Parteien mit Siebenmeilenstiefeln vorzugelommen. In einem kleinen Druckhefte, das für die Massenverbreitung bestimmt ist, hat sie ihren Rechenschaftsbericht gegeben. Aus demselben wollen wir das Wichtigste hier mitteilen.

Jede Gelegenheit zu einer Erörterung über die gesamte Politik der Regierung und zur Darlegung des principieellen Standpunktes unserer Partei benutzten die Genossen Blumhard, Hildenbrand, Keil, Aloh und Tauscher. Bei der geringen Zahl unserer Abgeordneten war es möglich, daß sie alle in gleicher Weise in die Debatte traten, es blieb ihnen trotzdem außerordentlich viel Arbeit, deren Leistung um so mehr ins Gewicht fiel, als sie sich nicht ausschließlich den parlamentarischen Pflichten widmen konnten. Trotzdem blieb keine Vorlage, keine Gelegenheit unbemüht, um den Standpunkt unserer Parteigenossen zum Ausdruck zu bringen.

In Gemeinschaft mit der Volkspartei forderten unsere Genossen noch Zusammentritt des Landtages eine **Erdehbekämpfung**, um den Standpunkt des Volkes gegenüber den Darlegungen der Trourdebe zum Ausdruck zu bringen. Zur Freude der Regierung wurde dieser Antrag durch Zusammenstehen der übrigen Parteien abgelehnt. Eine Erörterung wäre um so dringlicher gewesen, als Febr. v. Mittnacht, dessen Bedeutung auch die Socialdemokratie niemals unterschätzte, vor Zusammentritt der Kammer zurückgetreten war und der neue Landtag das freilich nicht lange Schauspiel genoss, einen General als Ministerpräsidenten vor sich zu haben. Die den Demokraten sehr unangenehme Enthaltung unseres Parteiblattes über den Lebenswandel des gottesfürchtigen Kriegsministers und Ministerpräsidenten veranlaßte dessen Rücktritt und führten den Justizminister v. Brülling an die Spitze des Kabinetts. Keiner der beiden Ministerpräsidenten konnte ein klares Programm entwickeln; über die seit langem brennende Frage der Verfassungsreform verhandelte die Kammer mehrmals, ohne eine klare Darstellung des Standpunktes der Regierung herauslocken zu können. Klar ergab es sich, daß seit Mittnachts Rücktritt das Kabinett ein Kollegium von Bureaukraten ist, dem jede politische Führung fehlt.

Was man durch Ablehnung einer Adreßdebatte verhinderte, kam reichlich bei der **Erdehbekämpfung** zum Ausdruck: die energische Darlegung des socialdemokratischen Standpunktes zu allen großen Fragen, die den württembergischen Landtag beschäftigen oder beschäftigen sollten. Die einseitige Anstellung des Etats im Interesse der bestehenden Klassen, die völlige Nichtberücksichtigung der Arbeiterklasse bei den Ausgaben-Etats, der Widerspruch dieser Thatsachen zu der starken Belastung durch indirecte Steuern im Reich und im Lande wurde scharf gerügt. Die Hauptforderungen unserer Partei in Württemberg: demokratische Verfassungsreform und gerechte Verteilung der Steuerlasten, wurden von Hildenbrand als Etatsvedner in den Vordergrund gestellt. Er rechnete auch entschieden ab mit der Haltung der bürgerlichen Parteien bei den Landtagswahlen. Er wies es als ein verkehrtes Verhältniß an, daß die Landwirthe zu Grunde gebe; er wies darauf hin, daß sich die Socialdemokratie in keinem Parlamente einer Forderung entgegengesetzt habe, die der Landwirtschaft wirklich zum Nutzen gereicht hätte. Bekannt sind ferner die Verhandlungen über die **Polypolitik**, bei der selbst die Volkspartei nicht geschlossen gegen jede Zollherhöhung stimmte, so daß unsere Parteigenossen ausschließlich den anti-agrarischen Standpunkt in voller Reinheit zum Ausdruck brachten. Eine breite Ausdehnung nahmen die Verhandlungen über die **Wahlrechtsfrage**, durch die den Wahlberechtigten am meisten gegeben werden sollte, während für die am schlechtesten Bezahlten ganz ungenügende Verbesserungen übrig blieben. Hier zwang die Socialdemokratie die Volkspartei im wesentlichen zu unserem Standpunkt, weil die Arbeitervertreter die einzigen waren, die vom Anfang an

entschieden gegen die Aufbesserung der mehr als auskömmlich besoldeten Beamten auftraten. Die Volkspartei mußte im Laufe der Verhandlungen ihren Standpunkt erheblich dem unserigen anbequemen.

Die Gelegenheit der Specialdebatte über den Etat wurde von unseren Vertretern reichlich benützt, um die zahlreichen Mängel in den einzelnen Ressorts zu beleuchten, und um Forderungen im allgemeinen Volksinteresse und im Sinne der im Staatsdienst stehenden Angestellten und Arbeiter zu stellen. Für alle Kulturforderungen, so auch für die Hochschulen traten unsere Abgeordneten warm ein. Scharf kritisierten sie die mangelnde Arbeiterfürsorge, die sich in zum Teil unglücklich niedrigen Löhnen der Staatsarbeiter äußerte, die erst bekannt wurden durch die Kritik unserer Vertreter. Entschieden wurde verlangt, daß neben den Centralstellen für die Landwirtschaft, für Handel und Gewerbe auch eine für die Arbeiterinteressen geschaffen würde. Ein besonderer Entwurf, der eine württembergische Centralstelle für Arbeiterangelegenheiten mit Arbeiterkammern für jeden der vier Kreise forderte, wurde eingebracht, keine bürgerliche Partei wagte es, diesen Antrag abzulehnen, aber dessen Erledigung das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Mithalten wurden kritisiert die polizeilichen Chikanen durch die Ueberwachung von Versammlungen, die geplante Vermehrung des Landjägerscorps, die Subventionen für Privat-Heilanstalten, die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber der Feuerbestattung, wertvolle Vorschläge im Interesse der Arbeitsvermittlung stellte Aloh, der als Schallerbeamte bei den Arbeitsämtern nicht Polizeidiener, sondern Handwerker oder Arbeiter beschäftigt wissen wollte. Hildenbrand trat für den Ausbau der Arbeiterversicherung und im Interesse der Schiffarmachung des Neckars bis in das Innere des Landes ein.

Zu einer außerordentlich lebhaften und der Regierung sehr unangenehmen Debatte kam es bei Beratung des **Justiz-etats**, bei der Genosse Keil die Rechtsprechung im allgemeinen vom Standpunkt der Klagengegenstände aus kritisierte. Bei den Etats über das Gefängniswesen, der Eisenbahnen und der Posten wurde warm eine Besserstellung der niedrigen Angestellten gefordert. Die Verhältnisse in den Staatswerkstätten speziell wurden von Tauscher einer Beleuchtung unterzogen, die der Regierung sehr unangenehm war. Die höfischen Decorationen, wie Gesandtschaften, Ordensämter u. dergl. wurden schonungslos von unseren Vertretern beleuchtet. Das Ergebnis der Etatsverhandlungen war, daß einzig und allein die Socialdemokraten gegen den Etat stimmten, zu dem auch die deutsche Volkspartei Ja und Amen zu sagen beliebte.

Am verkehrtesten unter allen Parteien erwies sich die Socialdemokratie, sie trat nicht nur warm für die Einführung der Einheitsmarke ein, sie verlangte auch eine Reform des Eisenbahnwesens im Interesse einer einheitlichen Gestaltung der Verkehrsverhältnisse innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes durch eine Reichsbetriebsverwaltung, sowie auch eine wirksame Tarifreform unter Zugrundelegung eines 2 Pfennig-Tarifes für die dritte Wagenklasse, eine Verbilligung der Bedürfnisse der Arbeiter bei Anlegung der Fahrpläne. Hildenbrand vertrat mit Entschiedenheit diesen Standpunkt, der aber den Willen der Regierung nicht fand.

Es ist nicht möglich, auf all die Gelegenheiten zurückzukommen, bei denen unsere Parteigenossen die politischen und die wirtschaftlichen Interessen des Volkes wahrten. Es mag genug sein zu betonen, daß sie auch nicht eine Gelegenheit hierzu unbemüht gelassen haben, daß sie stets im Geiste der Gesamtpartei, die Ziele derselben vor Augen haltend, wirkten. Innerhalb und außerhalb der Partei erkennt man die Leistungen dieser kleinen Fraktion an, die in den nächsten Landtag in noch größerer Stärke zurückkehren wird, weil sie der Zustimmung der breiten Massen bei ihren Anträgen wie auch bei der Kritik der Regierung und der gegenwärtigen Parteien sicher ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März.

Zur Zollfrage.

Graf Ballo hat den milden Himmel Italiens aufgesucht, um nicht nur in idyllischer Osterholung einige neue Citate zur Verstärkung seines parlamentarischen Redebedarfs zu sammeln, sondern um auch dort seine großen politischen Aufgaben zu fördern. Wie es heißt, wird der Reichskanzler in Verona oder Venedig mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Herrn Prinetti zusammentreffen; die beiden Staatsmänner sollen dort sowohl die Neubestimmung des Dreibundes zu besprechen beabsichtigen, als auch die Handelsvertragsfrage. Die deutschen Ueberwucherer sehen das Zusammentreffen nicht ohne die Befürchtung, daß der Kanzler dem Vertreter Italiens handelspolitische Zugaben machen könnte, die die Erfüllung ihrer Zollansprüche unmöglich machen würden.

Centrum und Konservative fahren eifrig fort, ihrer Sehnsucht nach einer Verständigung mit der Regierung Ausdruck zu geben.

Auf dem **Fuldaer „Bauerntage“** wendete sich selbst der Reichstags-Abgeordnete Herold, einer der Zollbefürworter des Centrums, gegen den großen Fehler, daß man in die landwirtschaftliche Verbilligung die Erregung hineingetragen und Hoffnungen erweckt habe, die unerfüllbar sind. Noch deutlicher bereichte Herr Müller-Fulda das „Entgegenkommen“ des Centrums vor; er führte aus:

„Wer den Zolltarif ernstlich will, darf die gegebene Arbeitszeit nicht mit Kleinheitskammereien gesplitteln; er darf nicht zu jeder

Tarifposition, z. B. zu Mohnfamen, Haberfamen, Hülsen, Knoblauch, Eichorienturzel, Lorbeerbäume und dergleichen Anträge stellen und dadurch tagelange Debatten herbeiführen, mit denen die Zeit verloren geht. Er muß sich vielmehr darauf beschränken, die für die deutsche Landwirtschaft wirklich wichtigen Zollpositionen, z. B. Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Futtermittel, Mehl, Malz, Hopfen, Indivieh, Fleisch, Schweine, Eier, Butter, Zucker und Käse herauszugreifen, diese einzeln prüfen und sehen, was dabei nachzuholen ist und über welche Zollsätze man sich verständigen kann, aber nicht bloß unter den Parteien selbst, sondern auch verständigen mit der Regierung. Die Verständigung mit der Regierung ist schließlich die wichtigste Frage, sonst macht man die Rechnung ohne den Wirt. Die Regierung hat dem Reichstag gegenüber eine starke Position, sie kann auch ohne neuen Tarif weiter arbeiten, wenn keine Verständigung erfolgt, allein sie hat, dies steht unbedingt fest, den dringenden Wunsch, im Interesse der wirtschaftlichen Gesamtinteressen Deutschlands und im Interesse der Landwirtschaft besonders den neuen Zolltarif zu finden zu bringen. Deshalb wird sie auch noch, soweit dies überhaupt möglich ist, zu einem Entgegenkommen bereit sein, wenn man ihr den guten Willen zeigt, eine Einigung mit ihr zu versuchen, und ihr sonst keine unnötigen Schwierigkeiten macht. Auf alle Fälle thut aber noch, daß die Mehrheitsparteien keine Zeit mehr vergeuden, sondern sich eine gewisse Beschränkung auferlegen und über den kleinen Differenzen die großen Gesichtspunkte nicht aus den Augen verlieren.“

„Ebenso tritt jetzt die „Kreuz-Zeitung“ für eine rasche Verständigung ein, während sie bis vor kurzem täglich die Regierungsvorlage als gänzlich unzureichend verkehrte und die fürchterliche Drohung losließ: Lieber Freihandel, als diesen Zolltarif!“

In der zweiten Hessischen Kammer begann am Dienstag der Vorstoß der Ueberwuchererpartei, der in anderen Einzelkammern fortgesetzt werden soll. Auf eine Anfrage des nationalliberal-zollwucherischen Abgeordneten Grafen Orlova, betr. die Getreidezölle, erklärte Staatsminister Rothe, die Regierung habe sich auf den Boden der zur Zeit den Reichstag beschickenden Vorlage gestellt, sie sei außer Stande, auf die Erhöhung der **Minimalsätze auf Getreide** hinzuwirken, um nicht den Abschluß neuer Handelsverträge zu gefährden. Die Regierung würde die Bekämpfung sowie die Erhöhung der vorgelegenen Zölle für gefährlich und die neuen Handelsverträge gefährdend halten. Graf Orlova erklärte sich mit diesen Ausführungen nicht einverstanden.

Den Nationalliberalen in Hessen ist also nicht nur der Brotwucher der Regierungsvorlage zu mißfallen, sondern sie bewundern den nationalen Liberalismus ihrer Handelspolitik, indem sie höheren Wucher fordern, auch wenn durch ihn, nach der Erklärung der ihnen befreundeten Regierung, der Abschluß von Handelsverträgen gefährdet ist!

Vor der Schlacht.

Brüssel, den 22. März 1902. (Eig. Ber.)

Die politische Situation in Belgien ist seit drei Tagen ernst geworden, ernstler als selbst die Peffunisten noch vor einer Woche hätten annehmen können.

Sollte den Optimisten ihr unverwundlicher Glaube an eine parlamentarisch-friedliche Lösung der Wahlrechtsfrage noch nicht genommen worden sein, so ist das jedenfalls jetzt durch die Stellungnahme der Regierung und der Majorität bei den letzten Abstimmungen über das Provinz- und Gemeindevahlrecht geschehen. Wer dabei den fiebernden Ministerpräsidenten und die Alerikalen in der Kammer agieren sah, wie sie jeden, auch den selbstverwundlichsten Antrag, der die Beseitigung des Vierstimmensystems bezweckte, niederstimmten, ohne daß sie es selbst der Mühe wert gehalten hätten, ihre Stellungnahme zu begründen, der wird nicht mehr zweifeln, daß die Lösung der Wahlrechtsfrage nur noch von außen kommen kann.

Von den zwei Parteien, den Alerikalen und Liberalen, führte ebendies die erste in der Regel das Ueber. Zur Abwechslung kam auch die andre einmal daran. Die Eintracht zwischen beiden wurde ernstlich und dauernd nicht gekürt. Hierzu lag auch kein Anlaß vor. Denn beide regierten auf Kosten der zahlreichsten, aber damals politisch-rechtlosen Klasse, des Proletariats. Dies begann erst 1898, in der „Parti ouvrier“ organisiert, den Kampf um politische Rechte, und erhielt als ersten Siegespreis das Pluralsystem im Jahre 1899.

Die bis dahin in der Kammer einige Mann zählende bürgerliche Opposition profitierte ebenfalls von dem Sieg des Proletariats. Sie gewann an Zahl und Einfluß und kämpfte oft im Verein mit den 20 socialistischen Abgeordneten gegen die Alerikale Reaktion.

Schon nach der Wahl 1896 konnten sich die Alerikalen der Einsicht nicht mehr verschließen, daß das Pluralsystem mit den Listenwahlen für sie gefährlich werden könnte: Es genügte damals für eine Liste die einfache Majorität, um alle Mandate des Arrondissementes zu erhalten. Den Arbeitern des Vorwages war es dadurch möglich, ihren Kandidaten die Siege fast sämtlich zu verschaffen, während die andern Parteien, teilweise starke Minoritäten, leer ausgingen. Andererseits beschien die Alerikalen, zum Beispiel im Arrondissement Brüssel, trotzdem sie schwächer waren, als ihre Gegner, alle 18 Siege. Es bedurfte für die Socialisten nur noch einer mehrjährigen Propaganda, oder eines Kompromisses mit den Liberalen, um die Alerikalen von der Vertretung der industriellen Centren, wie Brüssel, Antwerpen usw. für immer und vollständig auszuschließen. Das haben die Alerikalen kommen. Deswegen unternahm Vandenpeereboom 1899 den Versuch, die proportionelle Vertretung für die großen Städte, also da,

*) Die Thätigkeit der socialdemokratischen Fraktion im württembergischen Landtag in der Zeit vom 15. Januar 1901 bis 8. Februar 1902. Stuttgart 1902. Verlag von Otto Wagner, 52 S., Preis 10 Pf.

wo die liberale Herrschaft aufzuheben drohte, einzuführen, um seiner Partei dadurch die Macht auf Jahrzehnte zu garantieren.

Freilich mißglückte der Versuch. Sein Initiator mußte abdanken und die Nachfolger sahen sich gezwungen, die proportionelle Vertretung für alle Arrondissements zu schaffen.

Hierdurch aber ist die liberale Partei an die äußerste Grenze des Abgrundes gekommen, in den jede weitere Konzession sie unumkehrbar hinabstürzen muß. Für sie handelt es sich bei jedem weiteren Schritt auf diesem Wege um Sein oder Nichtsein. Für die liberale Partei handelt es sich bei der jetzigen Wahlrechts-Frage darum, weiter zu herrschen oder für immer von der Herrschaft ausgeschlossen zu werden, kurz, um einen Kampf auf Leben und Tod.

Hierin ist die Erklärung zu suchen, warum die Majorität und die Regierung den äußersten Widerstand gegen jede Reform ankündigte, warum sie bei dem Gemeinde- und Provinzial-Wahlrecht alle Anträge en bloc und sans phrase niederstimmte.

So lange das liberal-socialistische Wahlrechts-Bündnis im wesentlichen nur in platonischen Erklärungen bestand, hoffte die Regierung unausgesetzt, daß bei den Liberalen der Bourgeoisinstinkt den Sieg über die Forderung des allgemeinen Wahlrechts davontreiben würde. In demselben Maße, wie die Alliance festere Form annahm, ließ auch die Inttransigence des Gouvernements. Und heute, wo die Alliance auf der ganzen Linie vollzogen ist, ist auch der parlamentarische Widerstand der Regierung auf dem Gipfel angelangt. Beide Heere erwarten den Kampf.

„Time is money“ gilt jetzt für die Regierung. Ihr bloßer Selbsterhaltungstrieb zwingt sie ja mit aller Energie darauf zu dringen, daß die Budgets vor allem andern beschlossen werden, denn ohne diese kann die Regierung an sein bleiben nicht denken, und einen § 14, wie in Oesterreich, hat der belgische Gesetzgeber nicht vorgelesen. Die Opposition hingegen verlangt erst die Veratung des Antrages auf Verfassungsrevision usw. und will die Budgets so lange als Pfand behalten, bis die Regierung von ihrer Hartnäckigkeit zurückkommt. Die Opposition kann auch nach Lage der Dinge von diesem ihrem Standpunkt nicht abweichen, wenn sie nicht eine Niederlage erleben will.

Wer bei diesem Kampfe siegen wird, werden vielleicht schon die ersten Sitzungsnachrichten zeigen, da der Kampf zweifelsohne auf dem Parlamentsschauplatz mit Obstruktion seinen Anfang nimmt. Die Parteien können von den Parteien zur Vorbereitung zur Schlacht bewußt werden. Der Kongress der „Parti ouvrier“ fällt gerade in die richtige Zeit, um alle Chancen in dieser Campagne genau abwägen zu können und sich auf die Eventualitäten vorzubereiten.

Der Ernst der Situation genügt, um den Kongressdelegierten die ganze Größe ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu beweisen.

Ueber den Friedensunterhandlungen in Südafrika

liegt auch heute noch dunkel. Man weiß nicht einmal bestimmt, von welcher Seite die Friedensverhandlungen ausgegangen sind. Nach einer Meldung soll Schall Burger mit General Mitchell überhaupt noch nicht über die Friedensbedingungen unterhandelt, sondern lediglich um freies Geleit nachgesucht haben, um zunächst einmal mit den Boerenkommandanten in Verbindung treten zu können. Zu den englischen Regierungskreisen beobachtet man begreiflicherweise die größte Reserve und lehnt jede Auskunft über die Angelegenheit ab. Man erklärt angeblich, alles hänge von der Antwort DeWets und Steyns ab. — In Parlamentssitzungen soll die Ansicht vorherrschen, die Gewährung freien Geleites an die Mitglieder der Boeren-Regierung sei der Dank für die Freilassung Methuens. Man erörtert die neuen Friedensbedingungen und glaubt, daß Lord Mitchell günstigere Bedingungen stellen werde, als früher.

Daß die Boeren militärisch nicht derartig bedrängt waren, um in Friedensunterhandlungen ihr letztes Heil zu suchen, beweist der letzte Wochenbericht Mitcheners.

Derselbe meldet am Montag aus Pretoria, daß während der letzten Woche 5 Boeren getötet und 95 gefangen worden seien, 63 hätten sich ergeben. Das ist, an den durchschnittlichen Streckenrapporten Mitcheners gemessen, ein außerordentlich minimales Resultat, das auch durch das „Aufsinden“ dreier Geschütze, die die Boeren zurückgelassen und wahrscheinlich unbrauchbar gemacht haben, nicht besonders verbessert wird. Der englische Verlust wird während des gleichen Zeitraums von Mitchell auf 22 Tote, 18 an Krankheiten Verstorbene, 76 Verwundete und 4 Vermisste angegeben; von einer Niederlage der Boeren kann also keine Rede sein. Wenn die Boeren es also, woran einzelne englische Blätter zweifeln, ernst meinen mit ihren Friedensverhandlungen, so können sie sich nur deshalb darauf eingelassen haben, weil sie England zu Zugeständnissen geneigter glaubten. In Boerenkreisen in Haag will man denn auch wissen, daß König Eduard entschieden für Frieden sowie für Konzessionen an die Boeren sei. Wolseley habe weitgehende Vollmachten erhalten, mit der Boerenregierung direkt zu unterhandeln. Hieron hänge es ab, ob bereits in der nächsten Woche die Feindseligkeiten eingestellt würden.

Die Umgebung Krügers versichert ferner, daß die Meldungen, Krüger sei durch die Nachricht von der Reise der Mitglieder der Transvaalregierung peinlich überrascht, unwarhaft seien; tatsächlich habe jene Umgebung schon unterm 12. März in einer Brüsseler Depesche angekündigt, daß erneut vertraulich sondiert werde, um eine Beendigung des Krieges herbeizuführen. Krüger sei bereits seit längerer Zeit von dem Schritte der Transvaalregierung unterrichtet. Diese werde gemäß bestimmt getroffener Abmachungen nur Vorschläge entgegennehmen, um diese der Genehmigung der europäischen Boeren-Delegation zu unterbreiten.

Auch darüber, ob einstweilen ein Waffenstillstand zwischen den beiden Parteien eingetreten sei, gehen die Meldungen auseinander. „Daily Chronicle“ erfährt, daß, während die Unterhandlungen vor sich gehen, die Feindseligkeiten völlig eingestellt werden, d. h. alle Offensiv-Bewegungen seitens der englischen Truppenabteilungen gegen De Wet, Delarey und Botha würden unterbrochen, während die drei Boerenführer ihrerseits sich dazu verstanden hätten, einen Waffenstillstand einzugehen und alle Angriffsoperationen bis zur Rückkehr der Boeren-Delegierten zu den Truppen der Boeren zu unterlassen. „Daily Mail“ erfährt dagegen, es sei von einem Waffenstillstand keine Rede, und die militärischen Operationen, welche seit kurzem gegen Delarey begonnen wurden, würden energisch und ohne Unterbrechung fortgesetzt werden.

Ueber die ostasiatische Lage

bringt das Bureau d'Asien mehrere sehr alarmierende Meldungen. Die erste aus Washington datierte behauptet, die amerikanische Regierung erwarte eine gefährlichere ostasiatische Krise für bevorstehend. Und zwar sei dies durch das russisch-französische Abkommen zu einer dortig definitiven Aufstellung gelangt. Man sei ferner der Meinung, daß die Insurrektion in Süd-China sich zur Quelle einer internationalen Gefahr entwickeln könne. Die Vereinigten Staaten seien entschlossen, eventuell zu den äußersten Maßnahmen zu greifen, um ihre Grundsätze bezüglich (der Integrität) Chinas zur Geltung zu bringen.

Die zweite Meldung teilt mit, daß „Sun“ eine Kabelmeldung seines Londoner Korrespondenten abbudde, wonach ein wichtiger diplomatischer Schriftwechsel, der von Frankreich und Rußland ausgegangen sei, die Haltung Deutschlands, Oesterreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten bezüglich der ostasiatischen Komplikationen zu erörtern versucht habe. In England herrsche an gewissen Stellen die Auffassung, daß es, wenn Deutschland und Amerika die Zusage der Neutralität geben würden, zum Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden ostasiatischen Zweibänden kommen könne. Der Korrespondent des „Sun“ erkläre, „guten Grund zu der Annahme zu haben, daß Deutschland es endgültig abgelehnt habe, seine Neutralität zu verbürgen und sich volle Freiheit des Handelns gewährt habe. Mit gleichem Grunde sei zu erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine gleiche Haltung einnehmen werde.“

Wahrscheinlich handelt es sich nur um einen englischen Fühler, um Deutschland und Amerika zu Erklärungen zu provozieren. So wenig optimistisch wir im allgemeinen die Lage in China beurteilen, so glauben wir doch nicht an den so unmittelbar bevorstehenden Ausbruch eines Krieges in Ostasien. Für möglich halten wir es indes, wie wir schon neulich ausführten, daß die Mächte in Ostasien in nicht allzu ferner Zeit von neuem eine kriegerische Thätigkeit entfalten, um die allseitig betonte und angeblich so sorgsam gehütete Integrität Chinas dadurch zu behaupten, daß jeder Interessent ein möglichst großes Stück für sich erobert. Daß ein solches Vorgehen den Keim unabsehbarer internationaler Konflikte in sich trägt, ist allerdings nicht zu bestreiten.

Deutsches Reich.

Bundesexekution gegen den Großherzog von Hessen.

Die Thatsache, daß der Großherzog von Hessen jüngst rückfällig das Verbrechen beging, mit einem socialdemokratischen Führer eine politische Versprechung zu haben, hat die „Hamb. Nachrichten“, das einstige Bismarckblatt, in seinen monarchischen Ueberzeugungen derart erschüttert, daß es den Umsturz der Monarchie fordert. Allerdings halten die „Hamburger Nachrichten“ mit ihren innersten Wünschen noch zurück, sie scheuen sich noch, die Konservativen und Rationalliberalen zum Sturz ihrer Monarchie und zur Errichtung einer heftigen Republik aufzufordern, sie lassen sich vorläufig genügen, die Kollegen von Gottes Gnaden zum Einschreiten aufzufordern. Es verdient festgehalten zu werden, in welcherlei „Rechts“begründung der Umsturz der Monarchie durch das konservative Blatt betrieben wird:

„Im Eingang zur Reichsverfassung heißt es, die in einzelnen aufgeführten Bundesfürsten usw. schlossen einen „ewigen Bund“ zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechts, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Die Socialdemokratie aber will eben dieses innerhalb des Bundesgebietes gültige Recht umstoßen, sowohl das öffentliche wie das private; sie will die Monarchie so gut abschaffen, wie die jetzigen Formen des Eigentums und des Erwerbes. Wir müssen dabei beharren, daß sich ein Bundesfürst, der socialdemokratische Abgeordnete in dieser Weise auszeichnet, in inneren Widerspruch zu den Zwecken des „ewigen Bundes“ setzt, den seine Vorfahren feierlich geschlossen haben und deren Verpfändung er übernommen hat.“

Die Frage, welche Mittel sich im Deutschen Reich darbieten, um einer drohenden Versocialdemokratisierung eines Bundesstaats unter Patronage des eigenen Landesherren vorzubeugen, haben wir in unserem ersten Artikel nicht erörtert, da sie zum Glück bisher rein akademischer Natur ist; aber da die „Frankfurter Zeitung“ sie einmal, wenn auch in ganz schiefer und entstellender Weise angefaßt hat, wollen wir mit milder Ansicht auch nicht zurückhalten. Man braucht sich nur an die Stelle eines „weissichen“ „socialistenfreundlichen“ Landesherren zu denken, um ein Einschreiten des Reiches im Falle einer wirklichen Gefahr ohne weiteres als zulässig und vollauf gerechtfertigt zu erachten.

Es wurde berichtet, daß der Großherzog von Hessen, als er auf Genossen Ulrich zuschritt, das Gespräch mit den Worten eingeleitet habe:

„Man hat sich das vorige Mal haben und dräben sehr darüber aufgeregt, daß ich mich mit Ihnen unterhalten habe. Mir hat es ja nichts geschadet, wohl aber Ihnen bei Ihren Genossen!“

Unser Freund Ulrich hat dem Großherzog erwidert, daß man sich „darüber“ gar nicht aufgeregt habe und daß die Unterhaltung ihm bei seinen Genossen nicht das mindeste geschadet habe.

Wissentlich aber erkennt jetzt der Großherzog aus der Verkünder der monarchischen „Hamb. Nachr.“, daß ihm die Sache doch schaden könnte und daß die Souveränität eines deutschen Monarchen darin besteht, das zu thun, was die Monarchisten verlangen.

General und „Kunstfreund“.

Aus Augsburg wird der „Münch. Post“ vom letzten Freitag berichtet: Der Korridor des Landgerichts trägt ein ganz eigenartiges Gepräge. Angeklagt ist die 27-jährige ledige Fabrikarbeiterin Schweishofer wegen Kuppelei. Die Verhandlung endete, um das vorwiegend zu nehmen, mit der Verurteilung der Angeklagten zu einem Monat Gefängnis.

Küher der Angeklagten sieht man 8 junge Mädchen im Alter von 14—18 Jahren als Zeugen. Anstatt des geladenen Generals von Orff ist ein ärztliches Attest eingelaufen. Die Zeugen werden auf die Bedeutung des Uides aufmerksam gemacht, worauf auf Antrag des Staatsanwalts die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Die Verhandlung selbst entrollt ein düsteres Bild socialen Elends und sittlicher Korruption. Die Angeklagte, ein abgemagertes Geschöpf, macht einen mitleiderregenden Eindruck. Sie unterliegt vor circa 8 Jahren ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Der Geliebte ließ sie, die mit 140 M. täglich in der Hammerischen Mimitationswaren-Fabrik entloht war, im Stich und so war sie in bitterste Not geraten. Da ging sie eines Abends von der Arbeit heimwärts an einem älteren Herrn vorbei, der sie nach einigen Zögern ansprach und zu einem Besuch einlud. Herr v. Orff gab sich als Maler, als Künstler aus und bei ihrem ersten Besuch traf sie ein vollständig eingerichteter Atelier an. Ihre Aufgabe bestand darin, in völliger Entkleidung Modell zu stehen behufs photographischer Aufnahmen. Ein Jahr lang kam sie alle 14 Tage zur Excellenz und erhielt für jeden Besuch 10 M. Seit zwei Jahren hat sie ihre Besuche eingestellt. Davon machte sie einer Freundin Mitteilung, die sich ebenfalls für den Nebenwerb interessierte. Es erfuhren noch mehrere Mädchen davon und so kam es zu einem förmlichen Wettrennen nach Nebenverdienst. Da die Mädchen wußten, daß die Angeklagte empfehlend für sie wirken

konnte, hielten sie diese, in ihrem Auftrage Oberbriefe an die Excellenz zu schreiben. Sie that dies. Die Mädchen erhielten Zutritt und zeigten sich dadurch dankbar, daß sie der Angeklagten Geschenke in Geld machten! Damit war das Kriterium der Kuppelei gegeben, wofür die Angeklagte die gesetzliche Mindeststrafe zugebilligt erhielt.

Wie stark die Vergiftung der Jugend durch die „künstlichen“ Studien des Herrn v. Orff gewirkt hätte, geht daraus hervor, daß die fast noch im Kindesalter stehenden Mädchen eifrig bestrebt waren, die einmal eingegangene Verbindung aufrecht zu erhalten, daß sie den alten Herrn oft auf Weg und Steg abspazierten, um der guten Bezahlung von 10 Mark für einmaliges „Modellstehen“ teilhaftig zu werden.

Einzeln und in Gruppen wurden die Mädchen von dem „Künstler“ in allen möglichen Stellungen photographiert.

Daß Excellenz v. Orff nunmehr krank ist, hat gerade nichts Besonderliches an sich. Das ist auch schon in andern ähnlichen Fällen bei hohen Herren vorgekommen. Es dürfte jedoch zu hoffen sein, daß sich sein Zustand bei längerem Ruhen seines „Künstlerberufes“, derartig hebt, daß er vor der Öffentlichkeit über den Erfolg seiner Studien Rede stehen kann. Herr v. Orff kann dabei der stammenden Laienwelt kund thun, bis zu welcher Höhe sein „künstlerisches Schaffen“ gediehen ist, denn davon dürfte dann auch die Beurteilung der Preiswürdigkeit seiner „Kunstwerke“ wesentlich abhängen.

Darmstadt, 25. März. Gegen unsere Parteigenossen, den Abgeordneten Haas-Rainz schwebt seit längerer Zeit ein Strafverfahren wegen Verleumdung des ostasiatischen Expeditionscorps. Die Staatsanwaltschaft ist in dieser Sache um die Einwilligung der Kammer zur Durchführung des Verfahrens eingekommen. Diese hat jedoch jetzt diese Einwilligung zu erteilen abgelehnt.

Ausland.

Die Novelle zu den Bestimmungen über Streikpostenleben.

London, 22. März. (Fig. Ver.)

Die Bestimmungen über Picketing sind im Geleze über Verschönerung und Eigentumschutz vom Jahre 1875 enthalten. Abschnitt 7 dieses Gesetzes lautet:

„Eine Person, die ohne gesetzliche Ermächtigung eine andere Person zwingen will, eine Handlung zu unterlassen oder auszuführen und dabei:

1. Gewalt gebraucht oder die Person, deren Frau, Kinder einschüchtern, oder deren Eigentum beschädigt, oder
2. der Person von Ort zu Ort folgt; oder
3. deren Werkzeug, Kleidungsstücke etc. zerstört oder deren Gebrauch verhindert; oder
4. das Haus, den Aufenthaltsort der Person bewacht, besetzt; oder
5. der Person im Verein mit anderen Personen auf der Straße in tumultuarischer Weise folgt;

macht sich eines Vergehens schuldig, das mit 20 Pfd. Sterl. oder 3 Monaten Gefängnis oder Justizhaus (hard labour) bestraft wird.

Der Aufenthalt in oder neben einem Hause, Aufenthaltsorte, wo eine Person wohnt, weilt, arbeitet; oder beim Zugange zu einem solchen Orte, um einer Person Mitteilungen zu machen oder von ihr Nachrichten zu erhalten, fällt nicht unter diese Bestimmungen.“

Das war das Gesetz über Picketing bis zum Taffal-Entscheide der Lordrichter vom 2. Juli 1901. Diesem Entscheide gemäß ist das Picketing nicht nur ein individueller Akt, sondern ein korporativer und die ganze Gewerkschaft kann für die daraus entstehenden Schäden haftbar gemacht werden. Ferner: manche Richter gingen so weit, auch das friedliche Ueberreden als ungesetzlich zu betrachten.

Dem gegenüber wird das Parlamentarische Komitee des Trades Unionskongresses folgende Novelle einbringen:

„Eine oder mehrere Personen handeln legal, wenn sie im Auftrage einer Verbindung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Schauplatz eines industriellen Konflikts besuchen, um Mitteilungen zu machen resp. zu erhalten, oder eine oder mehrere Personen friedlich zu überreden, in keine neuen Arbeitsverträge einzugehen.“

Bei dieser Gelegenheit ist noch zu berichten, daß vom Parlamentarischen Komitee folgender Plan zum Schutze der Gewerkschaftsfonds empfohlen worden ist: Die Einnahmen und Kassensummen sind in eine Unterstützung- und Streikklasse streng zu sondern, damit im Falle von Regresslagen die Unterstützungen an Kranke, Pensionäre etc. nicht gefährdet werden. Ueber die Zweckmäßigkeit dieses Planes herrschen sowohl in juristischen wie in gewerkschaftlichen Kreisen große Meinungsverschiedenheiten.

Oesterreich-Ungarn.

—st— Wien, 24. März. (Fig. Ver.)

Koloman Tisza. Bedeutend war an diesem jetzt in endlosen Nekrologen gefeierten Politiker nur seine unerhört lange Minister-Schaft; sie währte vom Jahre 1875, wo Tisza die seitherige Regierungspartei — aus seinem Anfang und den Resten der dekontierten Deal-Partei — organisiert hatte, bis zum Jahre 1890, also noch um ein Jahr länger als das österreichische Daneministerium, die Regierung Taaffes. Die Regierung Tisza war das Regime einer Epoche, in der sich das gesamte politische Leben im Parlament konzentrierte; als die Politik aufhörte, das Bestreben einer privilegierten Schicht zu sein — des Adels und der Budapester Lokalgrößen —, als Regieren nicht mehr die hohe Beherrschung des Parlamentarismus war, da war die Weisheit Tiszas zu Ende und der Sturz dieses beschränkten Systems unausweichlich. Die politische Bedeutung Tiszas erschöpft sich darin, daß er den Dualismus vertiefte und die Selbstständigkeit Ungarns gegen jeden Eingriff von Oesterreich sicherte; im Bezug auf Reformen ist diese fünfzehnjährige Minister-Schaft ganz steril geblieben. Tisza war die langen Jahre hindurch Minister, aber anders als Minister zu sein und das, was das politische Leben eben mit sich bringt, zu erleiden, hat er nie angestrebt. Mit seiner Minister-Schaft ist sein Ruhm zu Ende; ein geistiges Erbe hat er seinem Volke nicht hinterlassen. Es ist bezeichnend für diesen viel-gepriesenen Mann, daß aus den zahllosen Leben, die er während seiner vierzigjährigen politischen Laufbahn gehalten, auch nicht eine den Augenblick, wo sie geboren, überdauert hat. Tisza war eben nur ein parlamentarischer Taktiker, aber das ist im Grunde ein recht niedriges Gewerbe. Befruchtet hat er das öffentliche Leben Ungarns mit keinem einzigen Gedanken.

Was von seinem langen Regieren übrig geblieben, das war eine ungeheure Verderbnis der politischen Moral; von ihm und noch mehr von seinem Bruder, dem nachmalig in den Grafenstand erhobenen Ludwig Tisza, und seinem Sohne, dem Grafen Stefan, der das finanzielle Verwahrlosten mit unvergleichlicher Virtuosität betrieb, ist die Korruption ausgegangen, die ihren Gipfelpunkt und dann ihren Zusammenbruch in dem Regime des berühmten Banffy erlebte. So sind die Tiszas für Ungarn ein Begriff geworden: ein Begriff, in dem blutiger Ministerliberalismus und finanzielle Korruption zu einer schönen Einheit zusammenfloßen. Das einzige Echo an dem Tiszaschen Liberalismus war seine calvinistische Gesinnung; gegenüber dem völkerverhetzenden Klerikalismus die staatsliche Macht gewahrt und gemeint zu haben ist Tiszas einziges Verdienst. — Tisza war vierzig Jahre lang Abgeordneter; in dem Reichstag, der 1861 dem Sieg Ungarns über die Konterrevolution Kundtun gab, war er ebenso Mitglied wie in dem im vorigen Jahre

gewählten. Allerdings fiel er bei den letzten Wahlen in seinem angestammten Wahlbezirk Großwardein durch und mußte sich in einen jener ländlichen Wahlbezirke wagen, wo man jeden wählt, den die Regierung gewählt haben will. Dieser Schlag vernichtete den letzten Rest seines Ansehens. Es war ein toter Mann, der gestern in Budapest gestorben ist. —

Die Brüsseler Manifestation.

Brüssel, den 23. März 1902. (Fig. Ver.) Schon am ganzen Vormittag herrschte reges Leben an den Bahnhöfen und im Palais du Peuple. Die Bevölkerung hatte die Häuser mit zahlreichen roten Fahnen geschmückt.

Etwas nach drei Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Trotz des trübigen Wetters hatten sich die politische Rechte Fördernden äußerst zahlreich eingefunden.

Den Zug eröffneten die Liberalen. Ein ganzes Meer von blauen (liberalen) Fahnen und Standarden wehte über diesem Teil des Zuges. Die liberalen Studenten und Lehrer waren besonders zahlreich vertreten.

Dann folgten die christlichen Demokraten, an deren Spitze der Abbé Daens im Priestergewand und der Abgeordnete de Baeter marschierten. Hierauf kamen in unabweisbarer Menge die Sozialisten von Brüssel und Umgebung mit den Abgeordneten an der Spitze. Der doktrinaire Bürgermeister der Stadt Brüssel hatte sich bereit erklärt, die Deputation der Manifestanten zu empfangen und eine Adresse entgegenzunehmen. Der Bürgermeister einer Vorstadt hatte sich ebenfalls um die Ehre beworben, die Deputation zu empfangen. Der Eintritt derselben in das Rathaus wurde mit Hochrufen begleitet. Die ganze Bevölkerung war auf den Beinen und bildete Spalier. Knapp vor 5 Uhr erreichte der mehr als 60 000 Personen zählende Zug den Boulevard Homard, wo sechs Tribünen errichtet waren. Auf der vierten sprachen Vanderveelde und der Abbé Daens, auf den anderen die verschiedenen Parteiführer.

Von den Standardenträgern seien nur einige angeführt: „Ohne das allgemeine Wahlrecht kein Friede“, „Das allgemeine Wahlrecht ist das Waterloo der Regierung“, „Revision der Konstitution“, „Platz den Armen“ usw.

Noch in den Abendstunden bewegten sich die Manifestanten in Gruppen durch die Stadt. Wieder ein Beweis mehr, daß das Volk ohne Unterschied der Parteifarbe das Wahlrecht verlangt.

Die großartige Manifestation ist friedlich verlaufen, Zwischenfälle kamen nicht vor, da sich die Polizei sehr taktvoll benahm. —

Aus allen Teilen Belgiens werden Nachrichten über Kundgebungen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts gemeldet, welche das glänzende Brüsseler Resultat ergänzen.

In Brüssel fand eine Monstre-Versammlung statt, an der sich 7—8000 Personen beteiligten; dieselben veranstalteten trotz des schlechten Wetters einen Umzug.

Aus Verdier, Dijon, Moignelée werden ebenfalls umfangreiche Demonstrationen gemeldet.

Italien.

Landwirtschaftliches Gewerbegericht. Das „Giornale d'Italia“ berichtet, daß der Landwirtschaftsminister in Uebereinstimmung mit seinem Kollegen von der Justiz sich entschlossen hat, ein Gesetz über Einführung von landwirtschaftlichen Gewerbegerichten der Kammer vorzulegen; den Kabinettsmitgliedern soll das Gesetz, das 14 Artikel zählt, bereits vorliegen. Gelegentlich der Generaldiskussion über die Frauen- und Kinderarbeit provozierte der Sozialist Gabrini den Minister Vaccelli in dieser Hinsicht. Vaccelli bestätigte vollständig die Meldung der Gazette. —

Verstaatlichung der Privatbahnen. Die republikanischen Abgeordneten Pontano und Colajanni werden in einer demnächstigen Sitzung der Kammer eine parlamentarische Enquete beantragen, ob die bestehenden Eisenbahnkonventionen mit den Privatgesellschaften den Interessen des Staates genügen. Die Regierung wird sich dann äußern müssen, ob sie die innere Eisenbahnpolitik, d. h. die Ausbeutung eines so wichtigen Zweiges des Staatslebens, fernerhin Privatgesellschaften überlassen wird oder ob sie von 1903 an, wo die Konventionen erlöschen, die Verwaltung in eigener Regie übernehmen will. Die sozialistische Fraktion wird sich diesem Antrag vereint anschließen. —

Dänemark.

Die Liberalen gegen die Regierung. Anlässlich der Kopenhagener Kommunalwahlen vom 25. März fanden am Sonntag sieben große von den Sozialdemokraten und Liberalen einberufene Versammlungen statt. Hier trat der Miß, der sich zwischen dem liberalen Ministerium mit seiner Gefolgschaft und den konsequenten Elementen der liberalen Partei immer mehr ausbildet, recht deutlich zu Tage. Diese Versammlungen, sowie die Wahlen selbst bilden gewaltige Demonstrationen gegen die Steuerreform-Vorlage der Regierung. Beziehung für den Geist der wirklichen Demokraten ist die Rede, die der liberale Direktor Stomann in einer der Versammlungen hielt. Er sei ein unbedingter Anhänger der Alliance mit der Sozialdemokratie, erklärte der Redner. Man solle sich nicht irreführen lassen durch den Ruf: Die „bürgerlichen Parteien“ sollten sich gegen die die Gesellschaft zerstörende Sozialdemokratie zusammenschließen. Unsere Gesellschaft sei eine Oberglassen-Gesellschaft, in der noch immer die Auffassung herrsche, die bestehenden Klassen seien die eigentlichen Träger, die andere nur eine Art Appendiz, nur dazu da, den andern Gewinn zu schaffen. Stellen diese selbständige Fortbewegung, so sei gleich von Umsturz die Rede. Wenn das Resultat der Systemwechsel mit einer neuen Klassenpolitik und Vernichtung der Macht zur Förderung von Privatinteressen und Staatsinteressen sein solle, so wäre es nur eine Fortsetzung des alten Systems. — Sämtliche liberalen Kandidaten haben sich, ebenso wie die Sozialdemokraten, für die Steuererhebung nach steigender Skala erklärt, also gegen die Absichten der Regierung. —

Schweden.

Verstaatlichung des Telephonbetriebes. Die Regierung hat dem Reichstag eine Vorlage über den beabsichtigten Ankauf des Telephonnetzes der „Allgemeinen Telephongesellschaft“ unterbreitet. Die Kaufsumme ist auf 12 700 330 Kronen berechnet. Die Gelder sollen durch eine Staatsanleihe aufgebracht werden. Die Übernahme des Telephonnetzes ist auf den 1. Dezember 1902 vorzusehen, die Bauarbeiten sollen am 1. Januar 1903 in den Besitz des Staates übergehen. Im Ministerium herrscht keine vollständige Einigkeit über den Ankauf, zwei Minister sind dagegen. Der Marineminister Palander erklärt, daß keine hinreichenden Gründe dafür vorliegen, der Landwirtschaftsminister Odéberg ist zwar kein principeller Gegner der Verstaatlichung, hält aber die Kaufsumme für viel zu hoch, eine Ansicht, die auch von „Socialdemokraten“ vertreten wird. Nach den Berechnungen sachkundiger Personen soll der tatsächliche Wert der Anlagen nur 6—7 Millionen betragen. —

Rußland.

Waffen-Aburteilungen wegen der letzten Unruhen. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht heute (Dienstag) einen Bericht über die Studentenunruhen in Moskau. Das Blatt erklärt, daß seit Ende 1901 unter den Hörern der Hochschulen eine regierungswidrige Bewegung ausgebrochen ist. Die Leiter der Bewegung beschränkten sich nicht mehr wie früher darauf, verschiedene Resolutionen im Hochschulleben zu verlangen, sondern sie bemühten sich in Reden auf verbotenen Versammlungen, in geheimen Aufzügen und Proklamationen die studierende Jugend in die politische Bewegung hineinzuwickeln, indem sie offen erklärten, daß die Form der jetzigen Regierung geändert werden müsse. Zugleich machten

die Leiter der Bewegung in der Gesellschaft und unter den Arbeitern in den großen Städten für dieselbe Propaganda. Um diese Verbreitungen kundzugeben, veranstalteten die Agitatoren in verschiedenen Städten StraßenDemonstrationen. In Moskau fanden am 22. Februar und am 2. März Kundgebungen statt. Vor und während der Kundgebungen wurden im ganzen 682 Personen verhaftet, welche die Kundgebungen vorbereiteten, an ihnen teilgenommen haben, oder ihrer politischen Gesinnung wegen strafbar sind. Es war anfangs beabsichtigt, alle in entfernte Gegenden des Reichs zu verschicken, wo sie längere Zeit unter Polizei-Aufsicht leben sollten. Der Kaiser befohl jedoch, nur die Hauptschuldigen ins General-Gouvernement Sibirien zu verbannen, die übrigen Teilnehmer aber mit drei bis sechs Monaten Gefängnis zu bestrafen. Ins General-Gouvernement Sibirien wurden 95 Personen für die Dauer von zwei bis fünf Jahren verbannt, 567 Personen wurden mit drei bis sechs Monaten Gefängnis bestraft, 6 Personen an Orten, wo ihre Eltern oder Verwandten lebten, für die Dauer eines Jahres unter Polizei-Aufsicht gestellt. Gegen 14 Personen wurde das Verfahren eingestellt. Unter den Verurteilten sind 537 Studenten der Moskauer Universität, 56 Studenten verschiedener Moskauer Hochschulen und Institute, 55 Hörerinnen verschiedener Kurse, 34 Personen verschiedener Stände, darunter auch Frauen. Die meisten werden ihre Gefängnisstrafen in Archangel verbüßen. —

Die Aberkennung der akademischen Ehrenmitgliedschaft des Dichters Maxim Gorki war von der russischen Regierung dadurch für die Akademie minder schmerzhaft gemacht worden, daß sie — die Regierung — von der Annahme ausging, die Akademie habe nicht gewußt, daß der Dichter sich „höchsterweise Umliebe“ schuldig gemacht habe. Diese Darstellung ist aber ungenau, denn den Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften war natürlich ganz genau bekannt, daß Gorki in die Armee, wo er unter polizeilicher Aufsicht lebt, verbannt worden ist, weil er seiner Zeit gegen die brutale Unterdrückung der russischen Studenten gleich so viel anderen hervorragenden russischen Intellektuellen protestiert hatte. Die Verleihung der Gorki zu teils gewordenen hohen Auszeichnung durch die Akademie war höchst wahrscheinlich ebensowohl wegen der poetischen Bedeutung des Dichters, als wegen seines mannhaften Protestes gegen das Kauterregiment erfolgt. Die kleinliche Gehässigkeit der Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft richtet sich also nicht minder als gegen Gorki selbst auch gegen die Akademie und deren Motive. Neue Sympathien wird sich also die Regierung durch ihren kleinlich gehässigen Akt unter den Akademikern schwerlich erworben haben. —

Aushebung einer Geheimdruckeri. Der „Leipz. Volksztg.“ wird aus Zürich gemeldet: In der psychiatrischen Anstalt in Charlou wurde eine Geheimdruckeri entdeckt, aus welchem Anlaß in der Stadt viele Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen wurden.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Auf einer Agitationstour im Osten Preussens hatte der Genosse Adolf Hoffmann auch Gelegenheit, in Graudenz die erste sozialdemokratische Volksversammlung abzuhalten, die jemals dort stattgefunden. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag beschloß die Versammlung, eine Kommission einzusetzen zur Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins. Es erklärten sich sofort mehr als 40 der Anwesenden zum Eintritt in den Verein bereit.

Eine Versammlung für Thorn, die erste wieder nach vielen Jahren, die zudem noch auf einem Rothbardeise abgehalten werden mußte, erbrachte einen neuen Beweis dafür, wie die Proletarier-Pläne der Agrarier die Bevölkerung bis in die tiefsten Tiefen aufzurütteln. Allenfalls macht sich der Umstand des arbeitenden Volkes gegen die machthabende Sippe in bemerkenswerter Weise Luft und veranlaßt zum Nachdenken. Die Saat, die die Junker säen, wird aufgehen, aber die Junker werden nicht die Sämlinge sein.

In Gumbinnen haben die Genossen auch endlich ein Versammlungslokal erlangt. Sie haben ein Häuschen, in dem früher eine Gerberei betrieben wurde, für mehrere Jahre gemietet und zu einem Versammlungssaal umgebaut. Es ist hier durch den Opfermut der Genossen mit ganz geringen Mitteln ein Ort geschaffen, von dem aus nunmehr die mündliche Agitation tüchtig betrieben werden kann. Nur die Beschaffung des Baumaterials hat einige Geldmittel erfordert, ihre Arbeitskraft haben die Bauhandwerker unter den Genossen fast fünf Wochen lang ohne Bezahlung zur Verfügung gestellt, opferfreudig haben sie sich in den Dienst der guten Sache gestellt, wofür ihnen der Dank und die Anerkennung aller Genossen gebührt.

Am Sonntag hat die erste Versammlung in dem Lokal stattgefunden, die sehr stark besucht war und das Beste hoffen läßt.

Partei-Presse. Aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ist der Genosse Friedrich Stampfer ausgeschieden, der seit einigen Jahren an diesem Blatte thätig war und seit Schoenlanks Erkrankung den politischen Teil des Blattes leitete.

Die Solinger Genossenschafts-Druckerei, die zur Herstellung der „Verglichen Arbeiterstimme“ gegründet wurde, hielt ihre Jahresversammlung ab. Das Geschäft hat sich gut entwickelt. Das Parteiblatt hat im vergangenen Jahre wieder einige hundert Abonnenten gewonnen und zählt deren jetzt 3600. Die Druckerei erzielt nach reichlichen Abschreibungen einen Jahresgewinn von 2851 M., der von der Generalversammlung der Genossenschaft überwiesen wurde.

Speichbürgerliches.

Der Magistrat von Teterow, einem mecklenburgischen Landstädtchen, dessen Namen nicht viele unserer Leser gekannt haben dürften, richtete an einen dortigen Arbeiter folgendes Schreiben, das wir der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ entnehmen:

„Auf Ihren mündlich vorgebrachten Antrag, Ihnen das Zusammenwohnen mit der unverheirateten... zu gestatten, bis Sie sich verheiratet, wird Ihnen hierdurch erwidert, daß nach der landesherrlichen Verordnung vom 22. Dezember 1870 die sogenannte wilde Ehe verboten ist. Sie haben nun, wie die Anzeige gegen Sie erfaßt wurde, mit der... ein Bett und eine Wohnung geteilt und wie Mann und Frau mit einander gelebt und somit den Thatbestand des gesetzlichen Verbots erfüllt. Wenn Sie jetzt auch zwei Betten haben und in getrennten Zimmern schlafen, so wird doch jeder, der die menschliche Natur nur einigermaßen kennt, annehmen müssen, daß Sie das quasi eheliche Zusammenleben mit der... forsetzen und somit weiter gegen jene Verordnung verstoßen. Dieser Verstoß wird um so schlimmer, als Sie anerkanntermaßen hier am Orte Führer der Socialdemokraten sind, welche weder die bestehende staatliche Ordnung noch die kirchlichen Gebote anerkennen und insonderheit lehren, daß die Ehe nicht heilig sei, und man ebenso gut und richtiger mit einem Weibe weidlichen Geschlechts so lange wie es beiden gefalle, ohne weiteres Band, häusliche und fleischliche Gemeinschaft halten könne... Wenn wir daher ein derartiges Verhältnis bei anderen Leuten nicht dulden dürfen, so dürfen wir solches bei Ihnen, da Sie das Konfubiat gerade als Ideal Ihres Zukunftslebens in den sozialdemokratischen Schriften und Reden darstellen, erst recht nicht dulden...“

Es sei fern von uns, mit dem Magistrat von Teterow eine Polemik zu beginnen über die in der Socialdemokratie herrschenden Auffassungen von der Ehe; der Magistrat von Teterow ist uns ziemlich gleichgültig. Aber was er sagt, ist kennzeichnend für das Wissen des Speichbürgerthums von der Socialdemokratie und für die Art, wie das Speichbürgerthum über die Socialdemokratie denkt. Das Speichbürgerthum ist aber eine Größe, die durch ihr stoffliches Gewicht zu einem nicht unbedeutenden Demmuis auf unsere Wege wird und deshalb ist es immerhin nützlich, von Zeit zu Zeit einmal zu erfahren, welche Gedanken diese Masse bewegen. Wenn man die innere

Beschaffenheit eines Hindernisses kennt, so wird man ihn leichter beizukommen lernen.

Zur Sache sei noch bemerkt, daß der Arrest der Teterower Magistratsverfassung ein den Führern unserer mecklenburgischen Parteigenossen ganz unbekannter Mann ist.

Rus Industrie und Handel.

Die Kohlenenkaufs-Genossenschaft zu Bremen hat ihre Thätigkeit eingestellt. Der Einkauf englischer Kohle, den die Hiesigen bestritten, ist nicht zum Abschluß gekommen. Wie es heißt, will man im Herbst die Verhandlungen wieder aufnehmen. Es macht den Eindruck, als ob das Kohlenjudikat dazwischengeschritten ist, wie man sich von jener Seite überhaupt Mühe giebt, der englischen Konkurrenz in den Seehäfen durch Preisnachlässe zu begegnen.

Von der Trebergesellschaft. In dem Prüfungstermin des Konkurses der „Alliengesellschaft für Trebergförderung“ wurden von den ursprünglich 75 Millionen betragenden Forderungen der „Leipziger Bank“ 30 Millionen anerkannt. Nachträglich angemeldete anderweitige Forderungen in Höhe von 8 Millionen wurden von der Konkursverwaltung bestritten.

Geschäftsberichte der Alliengesellschaften. Das Stein-Kohlenbergwerk „Nordstern“ verteilte eine Dividende von 20 Proz. (im Vorjahre 20 Proz.). Den Aktionären konnte in der Generalversammlung die Zustimmung gegeben werden, daß der Rindererlös aus dem Kohlenverkauf durch geringere Ausgaben für Löhne und Material zum größten Teil wieder eingebraucht werde. — „Eintracht“, Braunkohlenwerke und Briquettfabriken in Berlin verzeichnet 1 600 679 M. Reingewinn, Dividende 18 Prozent (18 Prozent). — Die „Alliengesellschaft „Neptun“, Schiffswerft und Maschinenfabrik in Rostock, wirt einen Reingewinn von 258 847 M. (252 765 M.) ab, Dividende 9 Proz., wie im Vorjahre. — Die „Gemeinschaft Hammer“ verzeichnet einen Reingewinn von 49 415 M. (701 600 M.). Gegen 10 Proz. im Vorjahre; es werde in diesem Jahre keine Dividende verteilt. — Die Handelsstätte „Belle Alliance“, St.-Ges. in Berlin bezieht ihren Reingewinn auf 184 158 M. Dividende 7 Proz. (7 1/2 Proz.). — Die Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabrik bezieht ihren Reingewinn mit 186 571 M. Dividende 7 Proz. — Die Stralauer Glasfabrik beschloß 7 1/2 Prozent Dividende zu verteilen, gegen 8 Proz. im Vorjahre. — Die Berlin-Sübener-Guttfabrik gewährte ihren Aktionären 10 Proz. Dividende. — Ludwig Löwe u. Co. wird in diesem Jahre „nur“ 12 Proz. Dividende gegen 24 Proz. im Vorjahre verteilen. Der Bruttogewinn stellt sich auf 1 438 196 Mark (3 507 832 Mark).

Englisches Kapital in Norwegen. Ein englisches Syndikat hat dieser Tage in Oslon, im nördlichen Norwegen, große Erzlager für eine Summe von 1 1/2 Millionen Kronen angekauft. Es sind die größten Eisenerzlager des Landes, der Erzgang hat eine Gesamtlänge von 81 Kilometer. —

Gewerkschaftliches.

Internationaler Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Kongress. An die Textilarbeiter aller Länder!

Werte Genossen und Genossinnen! Auf dem letzten Textilarbeiter-Kongress, welcher im Jahre 1900 in Berlin abgehalten wurde, wurde beschlossen, den nächsten Kongress nach der Schweiz zu verlegen.

Dadurch sind wir ermächtigt, den fünften Internationalen Kongress einzuberufen, welcher vom 1. bis 6. Juni 1902 im Saale der Tonhalle, Alpenquai, Zürich I, abgehalten wird.

Werte Kollegen! Die schweizerischen Arbeiter laden Sie hiermit herzlich ein und hoffen, daß ihnen Gelegenheit geboten sein wird, Delegierte aus allen Ländern begrüßen zu können.

Wir dürfen Sie versichern, daß die schweizerischen Arbeiter Sie alle aufs beste bewillkommen werden, gleichviel, welcher Nation Sie auch angehören mögen.

Wir eruchen die Organisationen der verschiedenen Länder, Themata (Anträge), welche auf dem Kongress behandelt werden sollen, bis spätestens den 5. April unseren Präsidenten des Organisationskomitees, Genossen Emil Galt, Neugasse 76, Zürich III (Schweiz), zuzusenden, damit wir den werten Delegierten die Traktandenliste zur rechten Zeit zustellen können.

Ein herzlich willkommen in Zürich!

Zürich, im März 1902.

Das Organisationskomitee.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Kermmacher.

Bei der Belistirma Ludwig Löwe haben die Kermmacher die Arbeit niedergelegt. Die Veranlassung zu dieser Differenz ist sehr eigentümlicher Natur. Vor einigen Wochen hat man den Kermmachern angeboten, an Stelle der bisherigen Lohnarbeit im Accord zu arbeiten. Die Kollegen wehrten sich dagegen und darauf zog die Firma die Forderung der Accordarbeit zurück, verlangte aber von den Kermmachern ein bestimmtes Pensum, das unter allen Umständen geleistet werden müsse. Die Kermmacher waren aber nicht in der Lage, das verlangte Pensum zu schaffen und sind deshalb halb 6 Mann entlassen. Die zurückbleibenden Kollegen, denen hinsichtlich desselben Schicksal drohte, wurden nunmehr bei der Leitung des Betriebes vorstellt, aber kurzerhand abgewiesen und an den Meister verwiesen. Dieser gute Mann, bis vor vierzehn Tagen selbst noch Kermmacher, geriet mit den Kermmachern in Streit, in dessen Verlauf er weitere 5 Kermmacher entließ. Nunmehr galt es kein Halten mehr. Die zurückbleibenden Kermmacher verlangten die Entfernung des Herrn Fischer vom Posten des Kermmacher-Meisters und als das abgelehnt wurde, legten alle die Arbeit nieder. Nach einigen Tagen sagten sich die Kermmacher: „So geht es nicht“ und beschloßen die Forderung, den Meister zu enternen, fallen zu lassen und boten der Firma an, wenn alle Mann wieder anfangen können, gehen wir wieder in den Betrieb hinein. Die Firma, die Leute brauchte, ging darauf ein. Doch als am Montag die Kermmacher anfangen wollten, eröffnete man ihnen plötzlich: „Ja, anfangen könnt Ihr alle, aber nur zu ermäßigten Löhnen.“ Das ging den Kollegen denn doch zu weit, sie gingen wieder aus dem Betrieb hinaus und glaubten unter den Umständen den Kampf aufnehmen zu müssen, selbst wenn es gegen den „Löwen der Metallindustrie“ geht, dem man ja auch einmal ein klein wenig die Krallen abstumpfen kann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverein Berlin.

Deutsches Reich.

Den Kampf gegen den Holzarbeiter-Verband wollen die Berliner Holzindustriellen auch in die Provinz tragen. Die Herren Schönig und Kabard suchen zu diesem Zwecke zunächst die Großstädte auf, um die Tischlermeister nach Möglichkeit gegen die Gehilfen scharf zu machen. Dieser Tage waren sie in Dresden. Die „Sächsische Arbeiterztg.“ ist in der Lage, aus der fraglichen Sitzung einige Mitteilungen zu machen und dadurch der Öffentlichkeit zu zeigen, wie in den Zimmern, wo sich die Herren unkontrolliert glauben, gegen die Arbeiter gehetzt wird. Herr Schönig und Herr Kabard belaufen scharf und wiederholt, daß das Verhaudeln mit den Arbeitern nun für immer ein Ende, daß es keinen Zweck habe. Es handle sich einfach um die Machfrage, um den permanenten Kampf mit den Gehilfen. In die Lohnfrage hätten diese überhaupt nicht mit hineinzuwerden, das verheißt am besten und allein der Arbeitgeber. Lohnarbeit, Minimallohn, Achttundentag seien ganz un diskutablen Fragen;

wer dieses Jahr den 1. Mai feiern, müsse unbedingt gemahregelt werden. Die Herren behaupten, daß sie in Berlin 5-10 Proz. Lohnreduktion durchgesetzt hätten, das Kontrollbuch sei doch eingeführt, wenn es auch die Behörden als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnet hätten (!); der Arbeitsnachweis solle sich gegen „unsaubere Elemente“ richten. Man habe schon 1898 einmal tabula rasa gemacht, die feige Organisation müsse so viel Macht gewinnen, um jeden Streik von vorn herein unmöglich zu machen. — So einfach und glatt, wie die Herren ihren offenbar recht beschränkt eingeschätzten Provinzkollegen die Sache darstellten, spielt sie sich nun allerdings nicht ab und die „Erzürungs-kraften“ der Berliner Holzindustriellen auf dem Gebiete der Arbeiter-Unterdrückung bestehen hauptsächlich nur in ihrer lebhaften Phantasie. Ja, wenn es ihnen wirklich gelänge, mit dem Holzarbeiter-Verbande „tabula rasa“ zu machen, dann wären allerdings Lohnarbeit, Minimallohn, Arbeitsstunden etc. undenkbar. Aber der Holzarbeiter-Verband ist nun einmal da und, da die Arbeiter die Notwendigkeit einer starken Organisation ebenso schätzen gelernt haben, wie die Herren Holzindustriellen, wird er auch nicht verschwinden und wird die Herren immer wieder zwingen, die für sie unbedeuten, für die Arbeiter aber höchst notwendigen Forderungen zu diskutieren.

Die Bewegung der Schneider nimmt in Mannheim einen günstigen Verlauf. Streikbrecher haben sich nur wenig gefunden. Die meisten Leute, die auf Inserate in auswärtigen Blättern hin nach Mannheim kamen, um dort Arbeit zu nehmen, kehren wieder um, als sie erfahren, daß man sie als Streikbrecher gebrauchen wollte. Als neue Forderung haben die Streikenden jetzt die aufgestellt, daß vor Aufnahme der Arbeit die Streikbrecher entlassen werden müssen. Eine Firma beabsichtigte, Arbeit in Frankfurt herstellen zu lassen. Die Riste kam wieder so zurück, wie sie abgesandt worden war. Dagegen haben sich in Worms Gesellen gefunden, welche Streikarbeit für Mannheim anfertigten. — In Stuttgart sind die Arbeiter der Firma Herion in den Kustand getreten. — In Flensburg sind wieder einige Bewilligungen zu verzeichnen.

Die Schuhmacher Riels sind am Dienstag in den Streik eingetreten. Am Streik beteiligt sind 101 Personen, wovon 24 verheiratet mit 57 Kindern. Von den Streikenden sind 95 organisiert, 99 Meister, welche 59 Gesellen beschäftigen, haben die Forderungen bewilligt. Die Forderungen sind: 10-25 Proz. Lohnerhöhung, Verbehalten eines einlässigen Minimallohnens und Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Die Arbeitszeit betrug bisher zehn Stunden. Die Mehrzahl der Arbeitgeber besteht aus Einführung eines zweifachen Lohnsatzes, will natürlich auch die andern Forderungen nicht anerkennen. Der Zugang von Schuhmachern nach Kiel ist ferngehalten.

100 Kokerei-Arbeiter legen in Wilhelmsburg wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder.

Ausland.

Zum Livornoer Flaschenmacher-Streik ist zu berichten, daß in der letzten Woche fast alle Streikbrecher wegen schlechter Behandlung wieder abgereist sind.

Föderation der Flaschenmacher Italiens.
Präsident Modigliani.

Sociales.

Arbeiterversicherung.

Nach dem dem Reichstage soeben zugegangenen Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes für das Jahr 1901 hat sich die Zahl der Betriebsunfälle gegenüber dem Jahre 1900 wieder gewaltig vermehrt. Es wurden nach vorläufiger Ermittlung 476 448 Unfälle angemeldet, das sind 22 105 mehr als 1900; die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle beträgt 117 136, das sind 9482 mehr als 1900.

Nach dem Bericht giebt es immer noch drei gewerbliche Berufsgenossenschaften, die noch nicht einmal Unfallverhütungsvorschriften erlassen haben. Aber die schönsten Vorschriften bleiben wertlos, wenn ihre Ausführung nicht überwacht wird und in diesem Punkte thun die Berufsgenossenschaften noch immer so gut wie nichts. Unter den 60 gewerblichen Berufsgenossenschaften sind nur 47, die eine Überwachung der Betriebe eingeführt haben und beschäftigen damit ganze 122 Beamte. Was will das sagen bei den vielen Millionen Betrieben, die zu überwachen sind. Die fortgesetzte Vermehrung der Unfälle ist unter solchen Umständen nicht verwunderlich.

Aus dem Bericht ist noch zu entnehmen, daß die Unfallstatistik für die Land- und Forstwirtschaft zum Teil in Arbeit genommen ist. Aus den Angaben über die Returnfähigkeit des Reichs-Versicherungsamtes in Unfallfällen ersieht man, daß die Return der Berufsgenossenschaften gegenüber denen der Versicherten in steigendem Maße vermindert werden. Von den Reklamen der Versicherten gegen Schiedsgerichts-Urteile hatten im Jahre 1900 25,2 Proz., im Jahre 1901 26,6 Proz. Erfolg; von Reklamen der Berufsgenossenschaften 46,8 Proz. im Jahre 1900 und 51,1 Proz. im Jahre 1901.

Aus dem Gebiete der Invalidenversicherung ist zu erwähnen, daß am 1. Januar 1902 im ganzen 675 095 Invaliden-, Alters- und Krankenrenten liefen.

Für die Errichtung eigener Krankenhäuser, Genesungs- und Invalidenheime hatten die Versicherungskassen bis zum Schlusse des Jahres 1901 17 1/2 Millionen Mark ausgegeben.

Die Verteilungen des Vermögens der Versicherungsanstalten betragen sich auf 200 1/2 Millionen Mark. Davon kamen auf den Bau von Arbeiterwohnungen 87 1/2 Millionen, für landwirtschaftlichen Kredit 64 1/2, für sonstige Zwecke 108 1/2 Millionen.

Der Brauntweinhandel ist in Christiania bekanntlich Monopol der Kommune. Der Ueberfluß, der hierbei im vorigen Jahre erzielt wurde, betrug 516 940 Kronen, und vom Bier- und Weinverkauf wurden 48 885 Kronen Ueberfluß erzielt. 85 Proz. dieser Gelder oder 396 011 Kronen fließen in die Staatskasse, 15 Proz. = 77 541 Kronen kommen der Kommune zu gute und der Rest von 123 274 Kronen wird für gemeinnützige Zwecke verwendet.

Zu den Gemeindevahlen.

Treptow-Baumshulenberg. Heute, Mittwochabend, findet die Ingalls-Verbreitung statt. Die Genossen werden dringend eruchtet, sich von 6 Uhr ab zahlreich bei Staffeldt, Baumshulenberg, einzufinden.

Wilmerdorf. Heute und morgen sind die Stichwahlen zur dritten Abteilung. Für und kommen die in Frage stehenden Kandidaten nicht in Betracht; die Parteigenossen werden sich daher an den Wahlen nicht beteiligen, sondern Stimmenthaltung üben. Die Parteigenossen haben gegen den Beschluß der Mehrheit des Wahlvorstandes, wonach die Wahl unseres Kandidaten Meyer für nichtig erklärt und die auf ihn gefallenen Stimmen einfach nicht gezählt wurden, einen Wahlprotest bei der Gemeindevorstellung eingereicht. Auch von anderer Seite soll gegen die Wahlen in der dritten Abteilung protestiert worden sein.

Charlottenburg. Für ungültig erklärt hat der Ausschuss zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen die am 14. Februar vollzogene Eraywahl im IV. Bezirk, aus der Genosse Wilhelm Müller senior als Sieger hervorgegangen ist. In diesem Bezirk war ein Hausbesitzer zu wählen. Müller ist nun tatsächlich Kupfer einer des Hauses, und zwar ist ihm von seiner Ehefrau wegen einer Darlehensforderung von 1000 M. an dem ihr gebührenden Grundstücken auf die Dauer von 10 Jahren ein Nießbrauchsrecht eingeräumt, jedoch mit der Maßgabe, daß dies Recht schon vorher erlischt, sobald die 1000 M. an ihn bezahlt oder aus den Grundstücksüber-

schaffen gedeckt sind. Während der Magistrat es dahin gestellt sein ließ, ob durch ein derartiges Abkommen die Vorschrift des § 16 der Städte-Ordnung erfüllt wird, hat der Ausschuss die Wahl für ungültig erklärt und auch einen Antrag betr. Aufstellung von Ermittlungsbüro, ob das Darlehen zur Zeit der Wahl noch nicht zurückgezahlt war, ruidweg abgelehnt. Der Ausschuss war jedoch nur sehr schwach befehigt; von 9 Mitgliedern waren 5 anwesend und von diesen stimmten 3 für Ungültigkeit. Daß das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung diesem Beschluß des Ausschusses beitreten wird, ist kaum anzunehmen.

Klein-Schönebeck und Fichtenau. Bei der am 20. März stattgefundenen Gemeindevorwahl der dritten Abteilung fehlten dem sozialdemokratischen Kandidaten vier Stimmen an der Majorität. Abgegeben wurden 66 Stimmen, unser Genosse erhielt 30 Stimmen. Es findet darum am Mittwoch, den 2. April, nachmittags von 6-8 Uhr, in Klein-Schönebeck im Saale des Herrn Wolf eine Stichwahl statt zwischen unserem Kandidaten Maurer Gustav Schulze und dem Schlichtermeister Karl Schneider. Pflicht der hiesigen Gemeindevähler ist es, für die Wahl unseres Kandidaten eifrig zu agitieren. Die Abhaltung einer Versammlung wird später noch bekannt gegeben.

In Groß-Lichterfelde (Bezirk Westen) waren in der Stichwahl zwei Gemeindevorwähler in der III. Abteilung zu wählen. Die Wahlbeteiligung war eine außerordentlich starke. Es erhielten Stimmen: Kaufmann Schulze 487, Gebauer 331, Wegler (Soz.) 314 und Wöhme 289. Gewählt ist demnach Gebauer und Schulze.

In Mariendorf ist gestern in der Stichwahl unser Parteigenosse Lehmann dem bürgerlichen Kandidaten Dr. Leutloff unterlegen. Auf Leutloff fielen 249 Stimmen, Lehmann erhielt 112 Stimmen.

In Mariensfeld wurden die Konservativen von den Sozialdemokraten in der III. Wählerklasse geschlagen. Es erhielten Landwirt Wilsch, Paul 28, Konzertlänger Severin (lib.) 8 und Maurer Greulich (Soz.) 58 Stimmen. In der II. Abteilung dieses Vorortes wurde Rentier Heilmann, der Kandidat der unabhängigen Partei mit 13 gegen den Kandidaten der Bürgerpartei Landwirt Gustav Tenber, auf welchen 11 Stimmen fielen, gewählt. In der ersten Abteilung, woselbst je eine Ergänzung- und Ersatzwahl stattfanden, wurden Fabrikbesitzer Schulz und Ober-Landesgerichts-Sekretär Paul Woytsche gewählt. Auch in

Reinickendorf siegten in der dritten Abteilung die Sozialdemokraten in beiden Bezirken. Im Bezirk Ost wurde an Stelle des bisherigen bürgerlichen Gemeindevorwählers der Maurer Jendrocel (Soz.) mit 167 Stimmen gewählt, während auf den Kandidaten der Bürgerpartei, Vergolder Weiß 46 Stimmen fielen. Im Bezirk West-Reinickendorf siegte Buchdrucker Ohl (Soz.) mit 230 Stimmen gegen den Kandidaten des Grundbesitzervereins, Eigentümer Gerdes, auf den 77 Stimmen fielen, während 14 Stimmen zerplitterten. Dagegen unterlagen in

Weißensee bei den Wahlen der 2. Wählerklasse die Sozialdemokraten. Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien, Klempnermeister Swoboda, Milchplänter Samiede und Gastwirt Piegler wurden mit 209, 202 und 204 Stimmen gewählt, während die sozialdemokratischen Kandidaten Restaurateur Emil Schumann und Steinseker Karl Hauschild es auf 28 resp. 25 Stimmen brachten.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin. Zu der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung legte die Ortsverwaltung folgende Änderungsanträge zum Statut vor, die dem Verbandstage eingereicht werden sollen: Um der Pluktion der Mitglieder vorzubeugen, soll im § 7 gefügt werden, daß die Wiedererwerbenden als Reueingekommene gelten und die doppelte Karenzzeit durchzumachen haben. — § 8 handelt von der Beitragsbefreiung während der Krankheit, Arbeitslosigkeit, Militärdienst und Streiks. Er soll in folgender Weise geändert werden: Vom Beitrage befreit sind Mitglieder a) bei nachweisbarer Krankheit, wenn sie innerhalb 18 Wochen vom Beginn angedehnt, gemeldet wird, b) bei Arbeitslosigkeit, wenn sich der Arbeitslose, der von der Ortsverwaltung angeordneten Kontrolle unterliegt; c) während militärischer Übungen, wenn sich das Mitglied ab- und spätestens 4 Wochen nach beendeter Dienstzeit wieder anmeldet; d. bei Streiks, die länger als eine Woche dauern. — Im § 18, der von der Karenzzeit handelt, soll es heißen, die Karenzzeit gilt in allen Fällen nur dann als erfüllt, wenn so viel Wochenbeiträge geleistet sind, wie die Wochenzahl der Karenzzeit. — Das heißt, die wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. abgestempelten Wochen zählen bei der Karenzzeit nicht mit. — § 22 soll lauten: An Orten mit mehr als 15 Mitgliedern kann (nicht hat) der Vorstand eine Zahlstelle zu errichten. — § 29 bestimmt, daß die besoldeten Gauleiter vom Hauptvorstand und Ausschuss bestimmt werden. Dieser Modus soll dahin geändert werden, daß die Mitglieder des Gauvorstandes den besoldeten Beamten wählen und dem Hauptvorstand das Besoldungsrecht bleibt. Die Anstellung soll auf ein Jahr erfolgen und die Rindigungsfrist soll 1/2 Jahr betragen. — Es sollen nicht wie bisher 800, sondern 1000 Mitglieder auf einen Delegierten kommen. — § 42 handelt von der Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen. Hier soll statt „Zahlstellen“ „Mitglieder“ gefügt werden. Ebenso im § 5. Zum § 53 wird beantragt, die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ von Hamburg nach Berlin zu verlegen, weil Berlin der Mittelpunkt derjenigen Bestrebungen ist, welche die Unternehmer zur Verknüpfung der organisierten Holzarbeiter betreiben. Die Abwehr dieser Bestrebungen würde sich besser bewerkstelligen lassen, wenn das Verbandsorgan in Berlin wäre. — Die vorstehenden Anträge wurden sämtlich von der Versammlung angenommen. Ein weiterer Antrag der Ortsverwaltung befragt die Anstellung des Personals der Redaktion und Expedition soll vom Hauptvorstand, der Prüfungskommission und dem Ausschuss gemeinsam beschlossen werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ferner erklärte sich die Versammlung dafür, daß der Verbandstag, welcher dem diesjährigen folgt, in Berlin abgehalten werden soll.

Zum Streikreglement wurden folgende Änderungsanträge angenommen: Wenn an einem Ort die Bedingungen für einen Streik vorhanden waren, die statutenmäßige Anmeldung oder aus besonderen, durch örtliche Verhältnisse bedingten Gründen nicht rechtzeitig erfolgen konnte, dann kann der Hauptvorstand auf Antrag der Gauleitung seine Zustimmung zum Streik geben. — Die Karenzzeit soll von 18 auf 26 Tage vollen, und von 4 auf 13 Wochen für halbe Streikunterstützung hinausgesetzt werden. — Ein von Brose zur Arbeitslosen-Unterstützung gestellter Antrag wurde den Delegierten überwiesen. — Aus den Stichwahlen zum Verbandstage gingen als gewählt hervor: Gahl, Leopold, Köste, Kunze, Döbling, Horn, König. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf den Arbeitsnachweis der Innung. Hierzu führte Glocke aus: Nach der Bekanntgabe des Unternehmerbundes habe die Zahl derer, die sich auf dem Arbeitsnachweis einschreiben ließen, von Woche zu Woche abgenommen. Die Ortsverwaltung werde natürlich alles thun, um zu verhindern, daß der Nachweis der Innung zu einer Kontrollstelle für die Holzarbeiter werde, wozu ihr die Unternehmer machen wollen. Die arbeitslosen Mitglieder, welche den Nachweis den Innung meiden, seien auf Grund der gefassten Beschlüsse unterstützt worden, und zwar in der ersten Woche 234 Kollegen mit 2100 M., in der zweiten Woche 336 mit 3400 M., in der dritten Woche 569 mit 3800 M. Die Unterstützungen seien größtenteils durch die Extrabeiträge gedeckt worden. Wenn die Kollegen den Kampf gegen die Pläne der Arbeitgeber energisch betreiben und die Ortsverwaltung in ihren Maßnahmen unterstützen, dann würden die Unternehmer ihr Ziel nicht erreichen. — Ueber diese Angelegenheit wurde eingehend diskutiert und dann beschlossen: die Unterstützung für die Osterwoche um 8 M. zu erhöhen. Reueintretende sind in den ersten beiden Wochen vom Extrabeitrag befreit.

Die sie Anspruch auf Unterstützung erheben können, müssen sie aber vier Extrabeiträge entrichtet haben. — Ein Antrag, welcher verlangt, daß die Mitglieder ausgeschlossen werden, welche die Beschlüsse bezüglich des Innungsnachweises nicht halten, wurde der Ortsverwaltung überwiesen.

Die Bauarbeiter hielten am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine kombinierte Versammlung aller zum Streikgebiet Berlin gehörenden Zahlstellen ab. Zunächst erstattete Heine mann den Bericht der Lohnkommission. Der Entwurf zum Lohnsatz ist den in der Versammlung vom 23. Februar gedruckten Wünschen entsprechend abgeändert und den Unternehmern vorgelegt worden. Diese haben jedoch, wie der „Verband der Vangechäfte“ schriftlich mitteilte, sämtliche Änderungsanträge abgelehnt und erklärt, daß keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden. Der Redner tritt dafür ein, daß man energisch darauf gedrückt werde, daß auf allen Ganten die geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen streng eingehalten werden und mit aller Kraft an der Stärkung der Organisation gearbeitet werde. — Nach kurzer Diskussion wird über diesen Punkt zur Tagesordnung übergegangen. Sodann berichtet Döttcher kurz über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission im verflochtenen Jahre und weist dabei auf den in nächster Zeit erscheinenden Bericht hin, von dem die Mitglieder des Verbandes Einsicht nehmen können. Darauf werden die Wahlen vorgenommen. Einige Einwendungen und Vorwürfe gegen die bisherigen Leiter und den Kassierer der Lohnkommission werden in sachlicher und für die übergroße Mehrheit befriedigender Weise aufgeklärt und zurückgewiesen. In die Lohnkommission wurden gewählt: Karl Heidemann, Georg Heine mann, Oskar Döttcher, Gräber, Gutsch, Arbed, Wende, Bernhard, Zmuda, Dräger und Gustav Wagner. Von diesen wurden als ständige Mitglieder der Lohnkommission wiedergewählt: als Leiter Karl Heidemann, als dessen Stellvertreter Georg Heine mann und als Kassierer Oskar Döttcher. Die drei letztgenannten wurden zugleich mit der Vertretung in der Gewerkschaftskommission betraut. Zu Revisoren wurden gewählt Falk-Weissensee, Ritsche und Renner. —

In der Militärschneider-Versammlung, die am Montag in den Remishallen tagte, gab Taterow einen allgemeinen Bericht über die Bestrebungen zur tariflichen Regelung der Lohnsätze in der Militärbranche. Seit der Lohnbewegung von 1890, deren Erfolg durch die durch besondere Umstände hervorgerufene Geschäftslage sehr beeinträchtigt wurde, sind in den verschiedenen Geschäften vier verschiedene Tarife in Geltung. Nach dem schlechtesten dieser Tarife wird leider in dem großen Warenhaus für Arme und Marine“ gezahlt, und außerdem besteht hier ein Prämiensystem, das im allgemeinen auch nicht als mitbringend für die Arbeiter angesehen werden kann. Wie groß der Unterschied der Arbeitslöhne ist, zeigt folgendes Beispiel: für die Anfertigung einer Interims-Gew.-Waffenrodes werden gezahlt nach Tarif I 20 M., nach Tarif II und III 19 M., im Warenhaus für Arme und Marine 17,50 M., wozu dann eine Prämie von 1,25 M. kommt, die halbjährlich oder bei ordnungsgemäßer Lösung des Arbeitsvertrages ausbezahlt wird. — Nun wird seit einiger Zeit seitens der Organisation mit großer Energie danach gestrebt, eine einheitliche Regelung der Preise herbeizuführen. Ein specialisierter Tarif ist von den Vertretern der Branche ausgearbeitet, und sämtlichen Firmen überandt worden. Da eine Konferenz, die zwecks Herbeiführung einer Einigung einberufen war, daran scheiterte, daß nur einzelne Arbeitgeber erschienen waren, sind die Kollegen in den verschiedenen Betrieben jetzt selbst bei ihren Chefs vorstellig geworden, um sie zur Aussprache zu veranlassen. Wie die Berichte, die über den Erfolg dieses Schrittes in der Versammlung abgegeben wurden, zeigten, ist die größte Mehrzahl der Arbeitgeber einer einheitlichen Regelung und auch einer Lohnerhöhung nicht abgeneigt, vorausgesetzt, daß sie allgemein durchgeführt wird. Einzelne haben sich freilich ablehnend verhalten und bei einer größeren Firma haben sich die Arbeiter noch nicht dazu aufgeschwungen, eine Kommission an den Chef zu entsenden, so daß dessen Stellungnahme nicht bekannt ist. Bei dieser Sachlage erschien es als das zweckmäßigste, durch Anrufung des Einigungsamtes des Verwaltungsgerichts nochmals auf friedlichem Wege eine Einigung anzustreben und dementsprechend fand dem auch die gestern veröffentlichte Resolution einstimmige Annahme. —

Der Fachverein der Bretterträger und Brettschneider beschäftigte sich in seiner letzten Monatsversammlung auch mit der Frage der Meißeler. In die legte die Bedeutung des 1. Mai klar. Die Debatte über die Frage, ob die Meißeler durch Arbeitsruhe begangen werden soll, kam nicht zum Abschluß. Die Debatte wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt und beschlossen, daß in derselben Angelegenheit noch eine öffentliche Versammlung stattfinden soll. In die Lohnkommission wurden gewählt: E. Theuria, Jätner, Berg, Kräger, Lange und Hahn. Auch wurde beschlossen, daß der Vorstand den Sitzungen der Lohnkommission beizuwohnen möge. Den Meißlern wurden 200 Mark aus der Streik-lasse bewilligt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Der neue Zweibund vor der Deputiertenkammer. Denz Cochis (von der Rechten) befragt in der Dienstags-Sitzung den Minister des Aeußern über die Tragweite der französisch-russischen Note und wünscht zu wissen, bis zu welchem Punkte Frankreich Verpflichtungen eingegangen ist. Minister des Aeußern Decassé erwidert, er habe die Frage im Senat bereits ausführlich behandelt. Um Frankreich zum Handeln zu veranlassen, müsse offenbar die Integrität Chinas angegriffen oder die Entwicklung Chinas beeinträchtigt werden und daraus eine Gefahr für die französischen Interessen entstehen. Würde in einem solchen Falle Jögern für eine Großmacht nicht gleichbedeutend sein mit Abdanken? Cochis sehe die Hauptgefahr im Norden Chinas, er möchte aber nicht wagen zu behaupten, daß das Gewitter nicht im Süden ausbrechen könnte. Alle Mächte hätten ein Interesse daran, daß China unabhängig und dem freien Wettbewerb der Intelligenz und des Kapitals der gesamten Welt geöffnet bleibe. In Welcherlei ständen sich im äußersten Osten nicht feindliche Kräfte gegenüber, sondern alle Kräfte seien auf dasselbe Ziel gerichtet, nämlich Aufrechterhaltung des status quo und des allgemeinen Friedens. (1) Auf jeden Fall sei das der Gedanke, von welchem Frankreich und Rußland, wie es allen Mächten, die den Vertrag von Peking unterzeichnet hätten, mitgeteilt worden sei, sich leiten ließen. — Cochis dankt hierauf dem Minister für seine Erklärungen zu Gunsten des Friedens, bedauert aber, von Decassé keine Aufklärung darüber erlangt zu haben, wie weit die Verpflichtungen Frankreichs gehen. (Sehr gut! auf allen Bänken) Die Angelegenheit wird darauf verlassen.

Unterhaus.

London, 25. März. (W. T. G.) Gibson Bowles fragt an, ob die Regierung davon unterrichtet ist, daß zwischen Rußland und Persien Verhandlungen stattfinden über den von dem russischen Meer zum persischen Golf, ferner ob Rußland das Recht haben soll, einen militärischen oder Handelsflotten im persischen Golf anzulegen, und ob Rußland eine zwischen russischen und persischen Häfen verkehrende Dampfschiff-Gesellschaft subventioniert hat. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Cranborne, erwiderte, er höre, daß die russische Regierung gewissen Dampfern, welche den Handel zwischen Rußland und dem persischen Golf vermitteln, eine Beihilfe gewähre. Die Antwort auf die übrigen Anfragen lautet verneinend.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Auf vielfache Anfragen aus den Kreisen der Parteigenossen teile ich mit, daß die Agitation unter den Genossen des dritten Wahlkreises betreffend den Bezug des „Vorwärts“ und anderer Parteiliteratur durch die Parteipedition Südost, Laufziger Platz 14/15, im Einverständnis mit dem Unterzeichneten geschieht. Ich ersuche deshalb die Parteigenossen, bei Bedarf Bestellungen an die vorgenannte Parteipedition zu richten.

Der Vertrauensmann.

In der am zweiten Osterfesttag, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Urania-Vorstellung, sind noch Billets beim Kassierer Lauschel, Wiesenstr. 29, zu haben.

„Die Unwahrheiten des Herrn Pauli und die Wahrheit über die Staatsbetriebe.“ So lautet das Thema, über welches die Reichstags-Abgeordnete Auner und Jubeil heute (Mittwoch), abends 8 Uhr in zwei Volksversammlungen in Spandau (bei Wehe, Pichelsdorferstr. 39 und in Tegnows Volksgarten, Halensfelde) sprechen werden. Der Abgeordnete Pauli, Potsdam ist mittels eingeschriebenen Briefes sowie durch Plakatanschlag an die öffentlichen Anschlagtafeln in Potsdam zum Erscheinen aufgefordert worden. Recht zahlreicher Besuch der beiden Versammlungen, besonders durch die an dem Thema hauptsächlich interessierten Staatsarbeiter, wird bestimmt erwartet.

Tokales.

Daß gewisse Leute

nicht alle werden, haben wir vor Monaten an einem besonderen Fall dargelegt. Damals wurde der „Modobazar Hecht“ in der Sebastianstr. 69 eingeregnet, und halb Berlin lief dorthin, um für 50 Pf. zu einem Kleiderstoff zu kommen. Wir warnten vor dem bedenklichen Geschäftsgebahren, ohne aufeinander Eindruck zu machen. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft sich mit der Firma Hecht befaßt und gestern vor der Strafkammer erzielt, daß die Firma zu der hohen Geldstrafe von 3000 M. verurteilt wurde. Es wird über den Fall berichtet:

Um eine Variation des bekannten Hydra-Systems oder Sella-Systems handelte es sich in einer Anlage wegen Vergehens gegen § 288 Strafgesetzbuch (Veranstaltung einer Lotterie ohne obrigkeitliche Erlaubnis), welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Kaufmann Paul Hecht verhandelt wurde. Der Angeklagte ist Inhaber der Firma „Modobazar Hecht, Sebastianstr. 69“. Er betrieb früher kein Geschäft nach dem sogenannten Hydra-System, nachdem dieserhalb aber trotz der entgegengelegten Ansicht namhafter Juristen vom Reichsgericht Verurteilungen wegen unbefugter Veranstaltung einer Lotterie erfolgten, änderte der Angeklagte das System um und beschrieb nun nach folgendem Modus: In fast allen kleinen und kleinsten Orten Deutschlands ließ die Firma Prospekte verteilen, worin sie sich erbot, für 50 Pf. entweder Stoff zu einem Kleide, oder Stoff zu zwei Hauskleidern oder einen Umhang je im Werte von 10,50 M. zu liefern. Die Sache hatte aber einen Haken. Meldete sich ein Reflektant, so erhielt er von der Firma vier Gutscheine über je 2 M. mit der Aufgabe, dieselben an vier andre Käufer für je 50 Pf. abzusetzen. Von ihm selbst wurden dann 2,35 M. per Rodnahme erhoben und ihm dieser Betrag gutgeschrieben. Hatten sodann die ihm überlassenen vier Gutscheine Abnehmer gefunden, die in gleicher Weise wie er thätig gewesen waren und die erste Rate von 2,50 M. bezahlt hatten, so hatte er das Guthaben von 10,50 M. erreicht und Anspruch auf die versprochene Ware. Als Zeitraum zur Erfüllung dieser Aufgabe waren 6 Monate festgesetzt. Zu diesem Verfahren erblidte die Anklagebehörde eine Umgehung des Hydra-Systems, da es im wesentlichen auf denselben Prinzipien beruht. Der Angeklagte führte zu seiner Entlastung an, daß er sich vorher bei namhaften Juristen erkundigt und den Bescheid erhalten habe, daß sein Verfahren gegen den § 288 des Strafgesetzbuchs nicht verstöße. Der Angeklagte räumte ein, daß er von seinem Rechte, auf Abnahme der für den Preis von 10,50 M. vereinbarten Ware zu klagen, nie Gebrauch gemacht hatte. War der Abnehmer seiner Verpflichtung, die vier Gutscheine abzusetzen, nicht nachgekommen, so begünstigte der Angeklagte sich mit den bereits eingezogenen 2 M., für die er nichts zu leisten hatte. Er räumte ferner ein, einen jährlichen Umsatz von etwa einer Million erzielt zu haben. Der Staatsanwalt sah das Verfahren des Angeklagten nur als eine Abart des Hydra-Systems an und beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von 1000 M.

Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte durch die Abweichung bezweckt habe, das Hydra-System zu umgehen. Im wesentlichen sei sein Verfahren daselbe, und er müsse aus § 288 Str.-G.-B. bestraft werden. Mit Rücksicht darauf, daß er für sich einen enormen Nutzen erzielt, sei auf die zulässig höchste Geldstrafe — 3000 M. — erkannt worden.

Ein Centralkomitee für das Rettungswesen in Preußen hat sich hier am Montag gebildet. Vorsitzender ist Geheimrat Dr. v. Bergmann. Es handelt sich um eine einheitliche Organisation des öffentlichen Rettungswesens.

Der Rathaussturm darf vom 1. April ab wieder bestiegen werden. Die Besteigung ist in der Regel täglich von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags gegen Zahlung von 20 Pf. gestattet. Eintrittskarten sind bei dem Portier im Rathaus, Eingang Königsstraße, zu haben.

Ein großes Baumglück ereignete sich am Montagnachmittag nach 4 Uhr auf dem Bau Stolpestraße, nahe der Schönhauser Allee. Der Bau wird ausgeführt von der Firma Dechant. Hier waren zur Zeit 3 Puffer, 2 Stuccateure und 1 Klempner bei der letzten Etage an der Fassade beschäftigt. Ueber dem Hauptgestirn erhebt sich ein sogenannter Giebelauflauf in der Höhe von ca. 60-80 Centimeter in einer Breite von ca. 9 Meter. Die obere Profilausladung dieses Gefinnes hatte eine Stärke von ca. 25 Centimeter, während die Grundmauer in dieser Höhe ebenfalls nur 25 Centimeter stark war. Während bei solcher Ausladung eine sehr vorsichtige Verankerung am Plage ist, hat man hier, wie es den Anschein gewinnt, auf die Verankerung nicht den genügenden Wert gelegt. Ueblich ist, daß solche Anfüße mindestens in der Tiefe eines Meters mit vertikalen Bolzen und Platten in dem unteren Mauerwerk verankert werden. Das obere Gefinns war fertig gezogen und zur Verankerung sollte zum Abschluß auf jeder Ecke eine gegossene Cementbause aufgestellt werden, beide mügen annähernd je zwei Centner gewogen haben; die Basen waren im Fern 33 Centimeter stark und belasteten angesehentlich die Ausladung noch mit 8 Centner. Beim Transport dieser Krönung aus der Dachlufe wird es vorgekommen sein, daß die Stuccateure auf die Ausladung des Hauptgestinnes getreten sind und so den Abstütz des gesamten Gefinnsaufbaues bewirkt haben. Die abstützenden Mauermaße durchschlugen die Mästung, die darauf Arbeitenden unter sich begründend. Dem Puffer Wilhelm Vixle, Schwedestocke wohnhaft, fiel ein Teil des Gefinnes vor die Brust; er wurde beim Abstütz anheimelnd von einem Kalkstein erfaßt, der Tod trat auf der Stelle ein. Vixle hinterläßt eine Witwe und fünf unergogene Kinder. Der Puffer Friedrich Steinko erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen, sowie am Fuß und am Hüftgürtel, so daß er mit den zwei Stuccateuren, welche ebenfalls schwere innere Verletzungen erlitten haben, erst nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhaus transportiert werden mußte. Der mitbelegte Klempner soll mit leichten Verletzungen an den Händen davon gekommen sein. Zum Glück fielen die Gefinnsmassen von der

durchschlagenen letzten Mästung auf den vorspringenden Balkon, dessen Decke dieser Last Widerstand hielt. Wäre dieses nicht der Fall gewesen, so wäre jedenfalls die darunter befindliche Mästung durchgeschlagen worden. Sicher wären dann alle herabstürzenden Arbeiter bis zur Erde gestürzt, wobei jedenfalls keiner mit dem Leben davongekommen wäre, abgesehen davon, daß unten arbeitende Leute sowie Strafgefangene arg hätten verletzt werden können. Dies große Baumglück beweist von neuem, wie sehr eine gute Kontrolle durch die Behörde, sowie strenge Maßregeln über die Ausführung der Mauerarbeiten am Plage sind. Wäre die Verankerung des Gefinnes mit der Grundmauer vorhanden gewesen, so hätte ein derartiges Unglück nicht vorkommen können. Nach dem Unfall hat die Polizeibehörde die Unfallstätte in weiterem Umfang durch Aufstellung von Geländern auf der Straße abgesperrt. Der Brunnen wird zugedeckt, wenn das Kind hineingefallen ist.

Das Arbeiter-Sportfest betreffend, das wir in der Sonnabendnummer ankündigten, ersucht uns das Komitee mitzuteilen, daß Anfragen und Zuschriften an den Obmann W. Härtig, Andreasstraße 43, zu richten sind.

Das Abkommen, das Herr Volle mit der Milchzentrale getroffen hat, erregt natürlich vielfach den Unwillen der Bevölkerung. Daß ihm mancher Kunde verloren gegangen ist, ergibt sich aus den zahlreichen Reklamationsschriften, die er in die Welt sendet. Es ist nicht selten, daß die Einwohner eines Hauses sich jetzt das Klingeln auf den Höfen verbitten und den Wirt oder Portier ersuchen, die Besetzungen nicht mehr durch die Haustür zu lassen. In Charlottenburg hat der Haus- und Grundbesitzerverein nach einem Vortrage des Vorsitzenden Arnold ausdrücklich den Beschluß gefaßt, den Mischungen das Klingeln auf den Höfen zu untersagen; auch will der Verein an den Magistrat und die Polizeidirektion das Ersuchen richten, das Klingeln auf der Straße zu verbieten. Daß eine solche Petition Erfolg haben wird, ist natürlich nicht anzunehmen.

Die Gasexplosion in der Kaserstraße, die am 10. d. Mts. das Haus Nr. 23 schwer beschädigte, ist jetzt aufgeklärt. Mit einem Rauche-Akt hat sie nichts zu thun, sie ist vielmehr auf eine mangelhafte Verstopfung eines Rohres zurückzuführen. Die Hauseigentümerin Witwe Läddeke hatte am Sonnabend, den 8. d. Mts., den großen Gasapparat, auf dem sie zu kochen pflegt, abnehmen lassen, um die Maschine auszubessern. Vorübergehend wurde dann ein kleiner Kocher benutzt. Nun hatte Sonnabendabend ein Arbeiter ein Leitungsröhr, das bei dem kleinen Apparat nicht gebraucht wurde, mit einem Papierpropfen verstopft. Frau Läddeke und ihre Schwester Frau Thiele bekaupten allerdings, daß sie den Hauptkahn stets ordnungsmäßig geschlossen hätten. Das kann aber nach den genauesten Untersuchungen von Sachmännern und Sachverständigen nicht der Fall sein. Der Kahn muß vielmehr aufgefallen haben. Der Papierpropfen ließ nur so lange kein Gas durch, als er feucht war. Allmählich aber wurde er trocken und schrumpfte zusammen. So entwich nach und nach, besonders in der Nacht zum Montag, eine größere Menge Gas und sammelte sich in der Küche an. Die Frau Thiele am Montagmorgen um 7 1/2 Uhr betrat, um Kaffee zu kochen. — Das in der Verwirrung gestohlene Geld ist noch nicht zum Vorschein gekommen.

Zwei frischer That ertappt wurden in der Nacht zum Dienstag zwei Einbrecher Arbeiter Wiebe und Tischer Preuß, als sie das Zweigeigenschaft der händischen Butterhandlung in der Andreasstraße plünderten. Während einer der Einbrecher auf der Straße damit beschäftigt war, Butter und Käse, die ihm der andre zuschleppte, auf einen Handwagen zu packen, schlüpfen Kriminalbeamte unbemerkt in den Laden ein und nahmen den Eindringling fest. Dieser warnte, als die Beamten mit ihm die Straße betraten, seinen Spießgesellen und rief ihm zu: „Wage, kühne!“ Erst jetzt sah die Beamten den Mann mit dem Handwagen, der in einiger Entfernung vom Laden hielt. Wage ließ die Leute im Stich und lief, was er konnte, er wurde aber eingeholt und ebenfalls festgenommen. Nun wollen die beiden Verbrecher sich gar nicht kennen und nie gesehen haben. Eine Durchsichtung der Taschen förderte aber scharf gefällene Messer und andre Stabwaren zu Tage, die sie verrietten. Diese Sachen sind nämlich vor kurzem aus einem Laden in der Neuen Königstr. 74 gestohlen worden. Die Einbrecher erbeuteten dort für 600 M. Waren, die sie zum Teil als Diebeswerkzeuge benutzten. Auf der Woche zog einer der Verbrecher in der Tat darüber daß er „alle geworden“ war, einen scharf geladenen Revolver aus der Tasche und schlug auf einen Beamten an. Schußmänner fielen ihm in den Arm und entriß ihm die Waffe, bevor er fliehen konnte.

Feuer in der Kanalkation gab es am Dienstag vor der Sophienapotheke in der Leibnizstraße Nr. 90 zu Charlottenburg. Hier sind seit einigen Tagen Maurer mit dem Ausbessern des Kanals beschäftigt, der drei Meter unter der Erde liegt und 1,80 Meter hoch ist. Zur Verleuchtung benutzten sie hierbei Gasleuchtampen. Eine dieser Lampen war led geworden und explodierte gestern morgen um 9 Uhr. Der Inhalt des Ballons stand bald in Flammen und der Kanal wurde stark verqualmt. Der Maurer Max Schone aus der Goethestraße 68, der in der Nähe des Einsteigeschachtes vor der Lampe arbeitete, rettete sich sofort durch Aussteigen. In einer bedenklichen Lage befand sich der Maurer Anton Polaczek aus der Schillerstraße, der hinter der Lampe beschäftigt war. Da das Feuer ihm den Ausgang versperrte, so lief er zunächst nach der entgegengekehrten Richtung, fand aber dort erst recht keinen Ausgang. Nun kam er nach dem Einsteigeschacht zurück, war aber schon so schwach geworden, daß ihn Angestellte der Apotheke und andre Leute, die dazu kamen, an einem Seil herausziehen mußten. Da er nur unerhebliche Brandwunden erlitten hatte, so erholte sich auch Polaczek mit Hilfe eines Arztes bald wieder, so daß er seine Arbeit fortsetzen konnte. Die Feuerwehr beseitigte jede Gefahr des Brandes.

Der an dem Zusammenbruch der deutschen Kreditanstalt beteiligte Bankier Woodhale in Halberstadt hat der „Beel. Ztg.“ zufolge sich erhängt. Wegen Woodhale war eine Anzeige wegen Wuchers erstattet worden, er galt für sehr reich. Ueber das Vermögen des Direktors der verfallenen deutschen Kreditanstalt, des Kaufmanns Max G. Darsfeldt, Plamser 14, Inhaber der Firmen G. Darsfeldt und Vogler u. Ringmann, Leipzigerstr. 111 und Brunnenstr. 102, ist Konkurs eröffnet worden. Verwalter ist der Kaufmann Diehl, Burgstr. 1b. Anmeldefrist bis 3. Mai d. J. Die erste Gläubiger-Versammlung findet am 22. April d. J. statt.

Einsame Jugend. Mit Chantall verheiratete sich die 23 Jahre alte Buchhalterin Martha Nied aus der Prinzessinnenstr. 20. Das Mädchen verlor schon als Kind von vier Jahren die Mutter und von fünf Jahren auch den Vater, der Administrator in Westpreußen war. Seitdem lebte die Waise, die keine Geschwister hatte, bei einer unverheirateten Tante in Berlin. Vor anderthalb Jahren war sie sechs Wochen bei einem Maler in der Römischstraße mit Relieuarbeiten beschäftigt, dann lernte sie ein Jahr lang in einem Geschäft in der Zeugstraße die Buchhalterei. Seit Weihnachten war sie wieder bei der Tante zu Hause und half ihr beim Schneidern. Das Mädchen hatte keine Freude am Leben und äußerte schon seit zwei Jahren oft Selbstmordgedanken. In der vorigen Woche bat die Tante sie, sich nach einer Stelle als Buchhalterin umzusehen. Das gab ihr wohl den Anstoß, den lange gehegten Selbstmordplan auszuführen. Als sie gestern abend allein zu Hause war, nahm sie Chantall, das sie von ihrer Beschäftigung bei dem Maler noch besaß. Als die Tante sie bei der Heimkehr auffand, war sie tot.

In Erstickungsgefahr schwebten in der gestrigen Nacht die Bewohner des Hauses Elisabethstr. 48. Im ersten Stock befindet sich

ein Celluloidwarenlager. Hier kam früh 2 Uhr Feuer aus, das in kurzer Zeit fast das ganze Haus verqualmte. Der 15jährige Sohn des im zweiten Stock wohnenden Agenten Kupfer, der sich erst kurz vor 1 Uhr zu Bett gelegt hatte, erwachte zufällig, da ihn Athembeschwerden befielen. In der Schlaftrunkenheit ahnte er die Gefahr nicht, in der er schwebte. Er versuchte Licht zu machen, doch verflüchteten die Flammen immer wieder. Etwas ernüchtert wachte er die Eltern, die dann schleunigst sich und die kleinen Kinder in Sicherheit brachten und die übrigen Hausbewohner alarmierten. Die herbeigeeilte Feuerwehr fand den Treppenaufgang und die oberen Stockwerke gänzlich verqualmt vor und sorgte durch Einschlagen der Fenster für den Abzug des Rauches. Das auf einen zweiten Raum noch übergesprungene Feuer wurde dann in verhältnismäßig kurzer Zeit abgelöscht.

Ein schwerer Betriebsunfall auf der Hochbahn. Die Hochbahn hat gestern mittag am Halleschen Thor einen schweren Unfall erlitten, der auf der gesamten Oststrecke eine mehrstündige Betriebsstörung im Gefolge hatte. Wie bekannt, wurde gestern der Uebergangsverkehr von der Ost- nach der Weststrecke eröffnet und zu diesem Zweck eine neue Linie Hallesches Thor—Zoologischer Garten in Betrieb gesetzt. Die Änge dieser neuen Strecke müssen am Halleschen Thor rangieren. Der Verkehr ging vormittags über glatt vor sich und in der Weichenstellung erkannte sich kein Fehler. Der Unfall passierte gegen 1 1/2 Uhr. Der Zug wollte am Halleschen Thor rangieren, um zur Midfahrt nach dem Zoologischen Garten in den Bahnhof am Halleschen Thor einzufahren. Der Weichensteller stellte die Weiche richtig ein, glaubte aber, daß der ganze Zug schon die Stelle passiert hatte und stellte die Weiche, die sich dicht an der Halleschen Thor-Weiche befindet, wieder zurück. Aber nur der erste Wagen des leerfahrenden Zuges hatte die Weiche passiert, die übrigen nicht. Die Folge war, daß der Wagen zweiter Klasse 217 aus den Schienen sprang und zur Seite nach dem rechten Geländer und nach der Straßenseite zu bog. Im Moment blieb der Zug stehen, und die Erschütterungen des Unfalls zeigten sich jetzt. Dem Wagen zweiter Klasse waren die sämtlichen Räder abgerissen und er lag fast flach auf den Schienen. Die Folgen des Unfalls, der unter andern Umständen eine Katastrophe herbeigeführt hätte, deren Tragweite sich kaum ausdenken läßt, war die Einstellung des Betriebes auf der Oststrecke. Um 1/8 Uhr kam ein Hilfszug an die von zahlreichen Neugierigen belagerte Unfallstelle und begann mit der Begrämnung des Hindernisses.

Ein anderer Unfall hat sich gestern vormittag um 9 Uhr auf dem Untergrundbahnhof Zoologischer Garten zugetragen. Der Revisionskolonne Krattsch von der Revisionskolonne, der die Prüfung der Wagen auf ihre Betriebsfähigkeit obliegt, wollte, obgleich er durch Zurufe gewarnt wurde, die Geleise der Bahn überqueren, als ein Zug das Geleise durchfuhr. Der Mann wollte noch beiseite springen, wurde aber von einem Stromabnehmer des Wagens erfaßt und erlitt eine nicht unerhebliche Verletzung des Unterschenkels. Er erhielt sofort den erforderlichen ärztlichen Beistand.

Einer Diebsbande, die ihren Wohnsitz in der Kolonie Pichenan hat, ist die Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Seit etwa Jahresfrist gelangte eine große Zahl von Gefäßdiebstählen zur polizeilichen Kenntnis und ganz besonders hausten die Diebe in den östlichen Vororten, wo sie mitunter 30-40 Stück Gefäß an einer Stelle stahlen und auch sofort schlachteten. Am Sonnabend wurde nach seiner Ankunft auf dem Schlesienschen Bahnhof der Arbeiter Schein von der Polizei festgenommen, der sich den Wohnbeamten gegenüber verdächtig gemacht hatte. In einem großenbeutel hatte er eine Menge gefüllter Tassen und Pöcher, die er angeblich nach der Markhalle bringen wollte. Sch. gab an, daß er das Gefäß von verschiedenen Bewohnern in Pichenan beziehe und auf Grund einer telegraphisch verfügten Handlung wurde auch in dem genannten Vorort der Moler J. festgenommen. J. hat zweifellos mit noch nicht ermittelten Komplizen Raubzüge durch die östlichen Vororte unternommen, während Sch. für den Betrieb der gestohlenen Waren zu sorgen hatte.

Pauls Fische. Von sechs Händlern wurden am letzten Sonnabend in der Central-Markthalle insgesamt über 3000 Kilo (also 78 Centner) grüne Heringe und über 5 Centner geräucherter Bücklinge freiwillig zur Untersuchung eingeliefert und auf Grund des Ergebnisses als zur menschlichen Nahrung ungeeignet der Abdeckeri überwiefen.

Verbraut und ins Wasser geworfen wurde nach seiner Darstellung ein obdachloser Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Herrmann. Dieser hielt sich in der letzten Zeit viel am Humboldthafen auf, um Schiffen anzuhelfen. Gestern hatte er den ganzen Tag gearbeitet und abends Geld bekommen. Andre Personen, mit denen er später in der Nähe des Lehrter Bahnhofes am Hafen zusammen lag, wußten das und verlangten von ihm Geld für Schnaps. Herrmann gab auch etwas her, weigerte sich aber, noch mehr zu bezahlen, und schlief dann ein. Nun schnitten ihm die andren die Tasche auf und nahmen ihm den Rest weg, und als Herrmann darüber erwachte und Lärm schlug, warfen sie ihn ins Wasser. Auf sein Hilgeschrei kamen Schiffer und ein Schuttmann, die ihn retteten und nach der Charité brachten. Ob diese Darstellung im einzelnen richtig ist, bedarf noch der Untersuchung. Erwielen ist, daß Herrmann Geld verdient hat, daß er im Wasser lag und daß ihm die Tasche aufgeschnitten war.

Ein Uniformfund wurde am Markthausufer unweit der Thielensbrücke gemacht. Ein dort vorbeigehender Arbeiter fand folgende Bekleidungs- und Montierungsgüter: einen Waffengürtel, ein Seitengewehr, ein Extratoppel mit Troddel, eine Halsbinde und eine Extrawäsche. Die seitens des 4. Polizeireviers angefertigten Ermittlungen führten zu dem Resultat, daß die Sachen dem Grenadier-Janus von der dritten Compagnie des Kaiser Alexander-Garde-Grenadierregiments Nr. 1 gehören, der seit einigen Tagen vermißt wurde. Ob der Verkauftene Selbstmord verübt oder ob er sich nur seiner Kleider zur Arretierung der Behörden entledigt habe, konnte noch nicht festgestellt werden.

Am 77. Beobachtungstag des „Vereins von Freunden der Trepptom-Sternwarte“ (G. V.), Mittwoch, den 26. März, abends 8 Uhr, im Herr Dr. F. J. Martens, Privatbureau an der Kgl. Universität, im Vortragssaal der Trepptom-Sternwarte über „Ultraviolette Strahlung“ sprach. Dieser Vortrag dürfte weite Kreise interessieren, was aus folgendem Programm hervorgeht: Arten der elektromagnetischen Strahlung (elektrische Wellen, ultrarot, sichtbar, ultraviolette Strahlung). — Wichtiges über ultraviolette Strahlung. — Wirkung der Wellenlängen. — Brechbarkeit in durchsichtigen Substanzen. — Schumann-Strahlen. — Ultraviolette Strahlen machen die Luft leitend und entladen negativ elektrifizierte Körper. — Heilwirkung ultravioletter Strahlen. — Mit dem großen Fernrohr wird von 7-10% der Roten Stern im Verlaufe von 10 1/2-11 der Rand beobachtet. Größe und die Belagerer der Trepptom-Sternwarte haben zum Vortrag und zur Beobachtung Zutritt.

Rathgeber. Die Remuneration für die Ober-Rennen auf der Rab-Mensbahn Lustarkeubam sind am Montagabend geschlossen worden. Von 47 Remun- und 25 Herrenrennen sind für die verlebten Rennen an den beiden Osterfesttagen insgesamt 210 Remunerationen abzugeben worden. Der Frühjahrspreis und das Brämenrennen werden ein Feld von mehr als 40 Fahrern an den Start bringen und auch in den Raben-Rennenrennen werden wenigstens 12 Starter um die Preise zu streiten haben.

In der letzten Sitzung des Komitees für Krebsforschung am 21. März hielt Herr Geheimrat v. Leyden einen Vortrag über die Parasiten des Krebses, in welchem er zu folgenden Schlußfolgerungen gelangte: Das Carcinom ist eine übertragbare (infektiöse) Krankheit, bedingt durch parasitäre Organismen (Protozoen), welche die vom Nebner gesunden und vorgezogenen seien. In den hochinteressanten Vortrag, welcher durch zahlreiche mikroskopische Präparate und Zeichnungen veranschaulicht wurde, schloß sich eine lebhaft Diskussion an, welcher sich die Herren Professor Lubarsch-Posen, Professor v. Hansemann, Medizinalrat W. H. L. Ludan, Stadtarzt v. Wastelowski und der Vortragende beteiligten.

